

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschäftswochenstisch am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherz.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Blücherstraße 18 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro schrägespalte Kolonie:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeige finden keine Aufnahme.

In einer Ausl. von

386300
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Unsere neunte Generalversammlung.

Wir stellten in voriger Nummer in Aussicht, daß wir die Reden der Kollegen Metzschel und Severtius zur Maisterfrage nachdrucken werden. Dazu veranlaßt uns nicht nur der Umstand, daß ein Parteiblatt (Breslauer Volksstimme) sich über die „sofbloße Berichterstattung über die Maisterfrage“ beklagt hat, sondern auch die Artikeln, die von der Frankfurter Volksstimme und vom Vorwärts an dem Maisterbeschluß und an den beiden Reden gelbt wünschen, und last not least, der überaus „stimmungsvolle“ Erguß der Leipziger Volkszeitung. Wir wünschen nun nichts Schöneres, als daß die sozialdemokratische Partei die Reden unverkürzt überläßt und dadurch dem Wunsch ihrer Leser nach einem fairen Berichterstattungen Rechnung trügt. Die Reden lauten nach dem Protokoll:

Metzschel: Wir haben es hier mit einer Frage zu tun, die innerhalb der Arbeiterbewegung zu einer der umstrittensten gehört und zu lebhaften Auseinandersetzungen auf unseren Generalversammlungen und anderen Tagungen geführt hat. Bei der Sitzung der Zeitung ist ein ausführliches Referat über die Geschichte und Entwicklung der Maister geben; ich muß mich auf das Notwendigste und Wichtigste beschränken. Ich erwarte, daß die Frage in der Diskussion mit größter Sachlichkeit und Objektivität behandelt werden möge. Zuerst ist die Frage der Maister in ihren Beziehungen zur gewerkschaftlichen Taktik und zur Parteiwerbung nicht immer mit der notwendigen Ruhe behandelt worden, wodurch vielfach eine Verschärfung der Gegenseite eingetreten ist. Die Maister beruft auf dem Grundgedanken, daß zu einer wirtschaftlichen Durchführung der Sozialreform die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden die unentbehrlichste und wichtigste Voraussetzung ist, und daß das Präsidentat aller Kulturräte ein gleiches, gemeinsames Interesse an der Schaffung wütiger Zustände für die Arbeiterschaft an einem Tag eine wirksame Grundlage für diese Forderungen darstellt.

In den ökonomischen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit spielt zweifellos die Frage der Arbeitszeitverkürzung die Hauptrolle. Gerade wir Metallarbeiter haben erfahren müssen, daß die Metallindustriellen der Forderung der Arbeitszeitverkürzung stets den heftigsten Widerstand entgegengesetzt haben. Ihr Grundatz freilich, unter den Befürwortung auf keinen Fall herunterzuziehen, ist durch unsere gewerkschaftliche Organisation schon durchbrochen und wir können feststellen, daß die Arbeitszeitverkürzung in der Tat vörwärts marschiert. Freilich nicht in dem Maße, wie es die technischen und sozialen Verhältnisse bedingen. Indessen haben eine Reihe technisch hochentwickelter Betriebe, vor allem Großbetriebe, den 9½- und 9-Stundentag, ja noch kürzere Arbeitszeit eingeführt. Dieses Resultat ist sicher zu einem Teile der Propaganda zu verdanken, die durch den Internationalen Pariser Kongress nicht nur die Arbeiterschaft hineingetragen worden ist, sondern auch weite Kreise bürgerlicher Sozialreformer erfaßt und sie veranlaßt hat, sich mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zu beschäftigen.

Auch in einer Reihe von Staatsbetrieben ist inzwischen der Neunstundentag eingeführt worden, so in den Eisenbahnbetriebswerstätten im Württemberg, Bayern, Baden und Preußen. Wir werden der historischen Bedeutung der Maister durchaus gerecht, wenn wir das anerkennen und feststellen, welchen Wert die Maister in der Vergangenheit in dieser Beziehung gehabt haben. Heute jedoch müssen wir konstatieren, daß die Gewerkschaften und die Partei durch ihre parlamentarische Vertretung überall bei jeder Gelegenheit für die Arbeitszeitverkürzung und die Arbeiterschaftsfordernungen kämpfen, daß namentlich die Gewerkschaften die allmähliche Verkürzung der der Maister zugrunde liegenden Gedanken übernommen haben. Wir können also sagen, daß die Forderungen durch die Maister gefordert wurden und daß auch in internationaler Beziehung eine Annäherung der Arbeiter mit dem Ziel der sozialistischen Verbündung stattgefunden hat und damit die Friedensidee wesentlich geführt worden ist. Unter diesen Umständen kann man heute auch eine andere Stellung zur Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai einnehmen wie früher. Nachdem die Gewerkschaften bewiesen haben, daß sie es mit der praktischen Verwirklichung der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit ernst nehmen und ähnlich große Kämpfe darum führen, kann behauptet werden, daß wir zur Durchführung der Forderung des Internationalen Kongresses die Arbeitsruhe nicht unter allen Umständen beobachten. Ja, ich glaube, wir können sagen, daß die Durchführung der Arbeitsruhe der praktischen Verwirklichung der der Maister zugrunde liegenden hohen Ziele in den letzten Jahren zum Teil hinderlich gewesen ist. Dabei muß ich es ablehnen, mit etwa infolge meiner Stellungnahme zum 1. Mai ein Eingehen auf die Einzelheiten der damaligen Bewegung einzufordern, daß es im Interesse der Arbeiterbewegung notwendig ist, das trennende weniger herzugeben, dagegen das gemeinsame Ziel bei all unserer Tätigkeit in den Vordergrund zu stellen. Wir haben mehr Duldung und Verständnis für andere Ansichten notwendig, weniger Schablone und mehr Mängelhaftigkeit bei unseren Bewegungen, je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen.

Sie wenden mich nun zu der Frage, inwieweit und ob in der Metallindustrie die Arbeitsruhe am 1. Mai möglich ist oder nicht. Sie wissen, daß wir es bei den Metallindustrien, einem der ältesten Unternehmensverbände, mit den größten Schriftmachern unter den Arbeitgebern zu tun haben. Außerdem gehört die Metallindustrie zu den fortgeschrittensten Produktionszweigen innerhalb der deutschen Industrie. Neben dem Bergbau und der Textilindustrie ist in der Metallindustrie die Kapitalskonzentration am weitesten fortgeschritten. Wir haben Aktiengesellschaften mit Hunderten von Milliarden Aktienkapital. Ich meine nicht nur die Firmen Krupp, sondern es sind auch eine Reihe großer Elektro- und Maschinenfirmen in den letzten Jahrzehnten entstanden, die

eine außerordentlich große Masse wirtschaftlicher Macht vereinigen. Dasselbe brauchen wir nicht etwa zu befürchten, daß es uns nicht möglich wäre, durch unsere gewerkschaftlichen Klämpe auch diese Zwingerburgen des Kapitalismus zu konzentrieren an die Arbeiterklasse zu nötigen. Ich habe das auch betont, als Maistrich auf dem Parteitag in Mannheim den Gedanken vortrug, daß die Metallarbeiter, wenn sie behaupten, daß sie in den Großbetrieben die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht begehen könnten, dadurch zugleich ein gestehen, daß die gewerkschaftliche Organisation vor diesen Klämmen standhaft mache. Maistrich wollte damit beweisen, daß den Gewerkschaften gewisse Schwierigkeiten in ihrer Entwicklung gezogen seien, über die sie nicht hinaus könnten. Ich habe damals schon erklärt, daß dies nicht zutrifft. Tatsächlich haben wir auch in einer Reihe solcher Großbetriebe die Arbeiter bereits organisiert. Ich wollte mit meinen Ausführungen also nur die Schwierigkeiten andeuten, die sicherlich für die Zukunft noch entgegenstehen. Dazu kommt, daß die Metallindustriellen und eine große Reihe anderer Unternehmer auf dem Standpunkt stehen, daß der Achtstundentag getöricht machen den Beginn der sozialen Revolution darstelle, daß damit das sozialdemokratische Ideal verwirkt wird. Daß dieser Standpunkt falsch ist, brauche ich nicht weiter darzulegen. Die Durchführung des Achtstundentages ist sehr wohl vereinbar mit der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, und wir würden auch bei Einführung des Achtstundentages noch sehr weit von der Verbilligung der sozialdemokratischen Ideale entfernt sein.

Letztere ist aber der heftige Widerstand der Unternehmer gegen diese Forderung, und das dürfen wir nicht außer acht lassen, wenn wir die Taktik in dieser Frage festlegen wollen. Auch sind die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe innerhalb der Arbeiterbewegung sehr verschieden; man hat ja dafür, daß es zu diesen Meinungsverschiedenheiten gekommen ist, die bösen Gewerkschaftsführer verantwortlich zu machen gesucht. Wenn aber der Vorstand unseres Verbandes früher durch seine Circulars zur Vorsicht bei den Maister gemahnt, so hat er nichts anderes getan, als den Intentionen der internationalen Kongresse und der Parteitage zu folgen, nach denen die Arbeitsruhe am 1. Mai nur dort bestanden werden sollte, wo es ohne Schwäche der Arbeiterschaft möglich ist, bedenkenlos andere, als daß dort, wo Aussprachen mit einiger Sicherheit zu erwarten sind, von einer Arbeitsruhe auch nach den Beschlüssen der internationalen Kongresse und der Parteitage abgesehen werden soll. Das hat auch Genossen Fischer in seinem Referat auf dem Nürnberger Parteitag klar hervorgehoben. Wir sehen uns also nicht in Widerspruch mit Kongressbeschlüssen, wenn wir sagen, sofern Aussprachen zu erwarten sind, soll von einer Arbeitsruhe Abstand genommen werden. Richten wir uns danach, dann werden bei unserem Verband die in den letzten Jahren aufgetretenen Schwierigkeiten, die unlösamen Diskussionen, die sich an die Maister angeschlossen haben, vermieden werden, dann haben unsere Kollegen die Pflicht, in sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse abzuwägen, welche Folgen für die Kollegen eintreten, wenn sie dann noch stärker an der Arbeitsruhe beteiligen. Die eingetretenen Erfahrungen der letzten Jahre müssen uns zu dieser Stellungnahme veranlassen. Wir haben doch das Ziel, möglichst alle Metallarbeiter in unsere Organisation hinzuzubringen und diese so auszubauen, daß sie einem starken Unternehmertum gegenüber widerstandsfähig ist. Wir haben dieses Ziel bisher nach besten Kräften zu erreichen gesucht und müssen auch in Zukunft alles unterlassen, was uns trennt, sondern das Einzigende hervorheben. Die Resolution, die ich Ihnen zur Annahme empfehle, geht von dem Grundgedanken aus, daß es aus den angeführten Ursachen nicht möglich ist, die Arbeitsruhe am 1. Mai in der Metallindustrie in größerem Umfang zu begehen und daß wir deshalb die in Leipzig beschlossene Resolution aufheben müssen.

Noch einiges zu der Unterstützungsfrage. Sie wissen, daß der wichtigste Teil der Vereinbarungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission vom Nürnberger Parteitag abgelehnt wurde. Prinzipiell ist die Unterstützungsverpflichtung der Partei seit Mannheim und Essen anerkannt, praktisch aber zur Verwirklichung dieser Verpflichtung nichts getan worden. Wir müssen uns deshalb auf den Standpunkt stellen, daß die Begehung der Arbeitsruhe gemäß den internationalen und Parteitagsbeschlüssen und nach der Aussprache der Referenten auf diesen Kongressen Sache jedes einzelnen Arbeiters ist. Auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie wiederholte an den Idealismus der Arbeiter appelliert worden. Diesen Standpunkt sollten wir uns zu eigen machen. Selbstverständlich ist, daß arbeitslose Kollegen Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung haben. Wir hatten diese Regelung schon einmal in unserem Verband und wenn wir sie heute wieder empfehlen, so will ich gleich bemerken, daß die Kostenfrage seit jeher nicht den Ausschlag für unsere Stellungnahme in dieser Frage gegeben hat. Ausschlaggebend waren die Schädigungen, die durch die Arbeitsruhe eingetreten sind; lediglich diese haben unsere Stellungnahme beeinflusst. Die Aussprachen und Entlassungen vieler Kollegen, die wir in den vergangenen Jahren nicht verhindern konnten, werden wir auch zukünftig nicht verhindern können. Freilich, der Kostenpunkt läuft dann für uns in Frage, wenn etwa die Generalversammlung beschließen sollte, die Arbeitsruhe in umfassender Weise zu propagieren. Das würde größere Aussprachen zur Folge haben und es würden Hunderte, ja eventuell Tausende von Kollegen als Geschädigte unterstützt werden müssen. Im Jahrbuch haben Sie eine Statistik über die Bevölkerung an der Arbeitsruhe seit 1905. Daraus geht hervor, daß 1905: 5,18 Prozent der Metallarbeiter an der Arbeitsruhe beteiligt waren, 1906: 8,55 Prozent, 1907: 4,20 Prozent, 1908: 2,70 Prozent und das Resultat fällt 1909, das ich gestern von Stuttgart erhalten habe, leicht eine Bevölkerungsziffer von 1,98 Prozent auf. (Hört! Hört!) Nur weiß ich wohl, daß diese Veränderung der Beteiligung im Jahre 1909 eine Folge der Krise ist, aber der Durchschnitt der Jahre 1905 bis 1908 ergibt eine Beteiligungsziffer von 4,91 Prozent in der deutschen Metallindustrie und es wird niemand behaupten wollen, daß eine Demonstration in diesem Umfang eine wirkungsvolle Demonstration für den Gebrauch der Volksverbrüderung und der Arbeitszeitverkürzung ist. Es ist im Gegenteil eine recht schwache Beteiligung, die keinen Eindruck nach außen und auf die Unternehmer machen kann. Steigern wir die Beteiligung durch eine höhere Propaganda auf 10 Prozent der Metallarbeiter, so würden, da 1908 durch unsere Umfrage 1345749 Arbeiter in der Metallindustrie erfaßt wurden, sich 136574 Arbeiter an der Demonstration beteiligen. Das würde die Einleitung einer Bewegung bedeuten, die für unsere Organisation von unabsehbaren Folgen sein würde. Die Aufgaben unserer Organisation auf anderen Gebieten würden darüber zweifellos leichter fallen müssen.

Danach haben wir alle Ursache, unsere Stellung zur Maister zu ändern und die Arbeitsruhe nur da einzutreten zu lassen, wo dies ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter möglich ist. Damit werden wir den Aufgaben unseres Verbandes und dem Gedanken der Maister gerecht. In diesem Sinne bitte ich Sie, zu entscheiden. Es handelt sich um eine sehr wichtige Entscheidung. Wenn Sie es wider Erwarten bei der Leipziger Resolution belassen wollten, so sind wir nicht sicher, daß im Verlauf der Dinge nicht doch wieder Verhältnisse eintreten, wie wir sie zu unserem Gebrauch 1906 zu verzögern hatten. Wenn wir uns

berungen wirtschaftlicher Natur benötigen sollen, so ist dies Ziel einfach nicht durchführbar. Die Absicht des Antragstellers ist gewiß eine gute, aber die Verwirklichung der Ansichten Dittmanns ist nicht geeignet, unseren wirtschaftlichen Klämmen eine sachgemäße Grundlage zu geben. Es ist schon öfter dargelegt worden, daß ein von vorneherein bestimmter Tag des Jahres sich an sich nicht zur Aufführung von Forderungen eignet. Das Unternehmertum würde dann unsere Absichten bis ins einzelne kennen und könnte sich auf den Kampf vorbereiten. Es ist klar, daß wir bei Aufführung vom Vorschlag den Forderungen den Gegner möglichst im Unklaren lassen müssen über unsere Taktik, und es wäre ein großer Fehler, wenn wir dem Antrag Dittmann irgend eine Folge geben würden. Die Kollegen würden dann auf Grund der Leipziger Resolution, ohne daß sie an das Streitreglement gebunden wären, in der Lage sein, je nach der Stellung der Kollegen in den Betrieben, die Aussprachen mit Wohnförderungen zu beantragen, und der ganze Verband würde vor die Durchführung von Forderungen gestellt werden, die seine finanziellen Kräfte tatsächlich übersteigen mühten. Der Antrag ist also unbedenklich und würde eine Schädigung der Organisation zur Folge haben müssen.

Über damit ist unsere Stellungnahme zum 1. Mai noch nicht entschieden. Wenn der Vorstand gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai austritt, so ist es doch den einzelnen Kollegen durchaus nicht verboten, sich daran zu beteiligen. Die Worte: „wo es ohne Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter möglich ist“ bedeuten nichts anderes, als daß dort, wo Aussprachen mit einiger Sicherheit zu erwarten sind, von einer Arbeitsruhe auch nach den Beschlüssen der internationalen Kongresse und der Parteitage abgesehen werden soll. Das hat auch Genossen Fischer in seinem Referat auf dem Nürnberger Parteitag klar hervorgehoben. Wir sehen uns also nicht in Widerspruch mit Kongressbeschlüssen, wenn wir sagen, sofern Aussprachen zu erwarten sind, soll von einer Arbeitsruhe Abstand genommen werden. Richten wir uns danach, dann werden bei unserem Verband die in den letzten Jahren aufgetretenen Schwierigkeiten, die unlösamen Diskussionen, die sich an die Maister angeschlossen haben, vermieden werden, dann haben unsere Kollegen die Pflicht, in sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse abzuwägen, welche Folgen für die Kollegen eintreten, wenn sie dann noch stärker an der Arbeitsruhe beteiligen. Die eingetretenen Erfahrungen der letzten Jahre müssen uns zu dieser Stellungnahme veranlassen. Wir haben doch das Ziel, möglichst alle Metallarbeiter in unsere Organisation hinzuzubringen und diese so auszubauen, daß sie einem starken Unternehmertum gegenüber widerstandsfähig ist. Wir haben dies Ziel bisher nach besten Kräften zu erreichen gesucht und müssen auch in Zukunft alles unterlassen, was uns trennt, sondern das Einzigende hervorheben. Die eingetretene Erfahrung zeigt uns, daß wir uns in der Arbeitsruhe am 1. Mai bestmöglich auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Ideale einzustellen haben.

Nach einiges zu der Unterstützungsfrage. Sie wissen, daß der wichtigste Teil der Vereinbarungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission vom Nürnberger Parteitag abgelehnt wurde. Prinzipiell ist die Unterstützungsverpflichtung der Partei seit Mannheim und Essen anerkannt, praktisch aber zur Verwirklichung dieser Verpflichtung nichts getan worden. Wir müssen uns deshalb auf den Standpunkt stellen, daß die Begehung der Arbeitsruhe gemäß den internationalen und Parteitagsbeschlüssen und nach der Aussprache der Referenten auf diesen Kongressen Sache jedes einzelnen Arbeiters ist. Auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie wiederholte an den Idealismus der Arbeiter appelliert worden. Diesen Standpunkt sollten wir uns zu eigen machen. Selbstverständlich ist, daß arbeitslose Kollegen Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung haben. Wir hatten diese Regelung schon einmal in unserem Verband und wenn wir sie heute wieder empfehlen, so will ich gleich bemerken, daß die Kostenfrage seit jeher nicht den Ausschlag für unsere Stellungnahme in dieser Frage gegeben hat. Ausschlaggebend waren die Schädigungen, die durch die Arbeitsruhe eingetreten sind; lediglich diese haben unsere Stellungnahme beeinflusst. Die Aussprachen und Entlassungen vieler Kollegen, die wir in den vergangenen Jahren nicht verhindern konnten, werden wir auch zukünftig nicht verhindern können. Freilich, der Kostenpunkt läuft dann für uns in Frage, wenn etwa die Generalversammlung beschließen sollte, die Arbeitsruhe in umfassender Weise zu propagieren. Das würde größere Aussprachen zur Folge haben und es würden Hunderte, ja eventuell Tausende von Kollegen als Geschädigte unterstützt werden müssen. Im Jahrbuch haben Sie eine Statistik über die Bevölkerung an der Arbeitsruhe seit 1905. Daraus geht hervor, daß 1905: 5,18 Prozent der Metallarbeiter an der Arbeitsruhe beteiligt waren, 1906: 8,55 Prozent, 1907: 4,20 Prozent, 1908: 2,70 Prozent und das Resultat fällt 1909, das ich gestern von Stuttgart erhalten habe, leicht eine Bevölkerungsziffer von 1,98 Prozent auf. (Hört! Hört!) Nur weiß ich wohl, daß diese Veränderung der Beteiligung im Jahre 1909 eine Folge der Krise ist, aber der Durchschnitt der Jahre 1905 bis 1908 ergibt eine Beteiligungsziffer von 4,91 Prozent in der deutschen Metallindustrie und es wird niemand behaupten wollen, daß eine Demonstration in diesem Umfang eine wirkungsvolle Demonstration für den Gebrauch der Volksverbrüderung und der Arbeitszeitverkürzung ist. Es ist im Gegenteil eine recht schwache Beteiligung, die keinen Eindruck nach außen und auf die Unternehmer machen kann. Steigern wir die Beteiligung durch eine höhere Propaganda auf 10 Prozent der Metallarbeiter, so würden, da 1908 durch unsere Umfrage 1345749 Arbeiter in der Metallindustrie erfaßt wurden, sich 136574 Arbeiter an der Demonstration beteiligen. Das würde die Einleitung einer Bewegung bedeuten, die für unsere Organisation von unabsehbaren Folgen sein würde. Die Aufgaben unserer Organisation auf anderen Gebieten würden darüber zweifellos leichter fallen müssen.

Danach haben wir alle Ursache, unsere Stellung zur Maister zu ändern und die Arbeitsruhe nur da einzutreten zu lassen, wo dies ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter möglich ist. Damit werden wir den Aufgaben unseres Verbandes und dem Gedanken der Maister gerecht. In diesem Sinne bitte ich Sie, zu entscheiden. Es handelt sich um eine sehr wichtige Entscheidung. Wenn Sie es wider Erwarten bei der Leipziger Resolution belassen wollten, so sind wir nicht sicher, daß im Verlauf der Dinge nicht doch wieder Verhältnisse eintreten, wie wir sie zu unserem Gebrauch 1906 zu verzögern hatten. Wenn wir uns

Stellung oder Anhören, wenn wir sagen, daß wir in Zukunft mit
aller Gründlichkeit auf die Erhaltung unserer Organisation, nament-
lich unserer finanziellen Kraft Bedacht nehmen wollen und wenn
wir infolgedessen eine willkürliche Bezeichnung unserer Wünsche auf
Verhöhnung der Arbeit, Arbeitszeitverkürzung, Flußabdehnung des Ar-
beitsaufwandes im Angriff nehmen können, dann haben wir praktisch
weit mehr für die Ziele der Massenarbeiter getan, als wenn wir jedes
Satz in einzelnen Städten Demonstrationen heranstellen, bis nach
der ganzen Situation nicht vorhersehn können, und im Gegentheil
vorbehoben neue Schwerpunkte bereiten. So ausgesetzt, verlieren
Sie keine gewerkschaftliche Taktik, wenn Sie meiner Resolution
Ihre Zustimmung geben. (Stabov)

Die Kommission ist der Meinung, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband als die größte gewerkschaftliche Organisation die Verpflichtung hat, nach Möglichkeit den Anklagesel, der durch den Streit um die Form der Matfeier allmählich innerhalb der deutschen Arbeiterschaft entstanden ist, zu beseitigen, sie ist der Meinung, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung — ich darf wohl dies omnibus Wort noch einmal gebrauchen — der Ruhe bedarf, nicht der Ruhe der Untätigkeit, sondern der Ruhe zur Verstärkung mit der anderen großen Heerschule der organisierten Arbeiterschaft, mit der sozialdemokratischen Partei. Wir müssen es ablehnen, um bestmöglich, weil wir diese Stellung einnehmen, als Revisionisten verfehlten zu werden. Der Streit um die Form der Matfeier hat mit Revisionismus und Radikalismus rein gar nichts zu tun. (Sehr richtig!) Ich kann keinen besseren Beweis für die Behauptung anführen, als die Tatsache, daß einige unserer besten Parteigenossen, ich nenne nur Linn und v. Elm, die doch als Revisionisten verschrien sind, auf dem Kölner Gewerkschaftstag gegen sich mit aller Leidenschaft gegen eine Anerkennung der Form der Matfeier, begangen durch die Arbeitsruhe, erklärten haben, und Richard Hirsch, dem seit einer Reihe von Jahren immer die Aufgabe zufällt, auf den sozialdemokratischen Parteitagen die Stellung der Partei zur Matfeier zu begründen, lehnte es auch ab, zu den Radikalen gerechnet zu werden. Wir haben keinen Anlaß, uns durch solche Schlagworte trüttieren zu lassen, sondern wir haben einfach zu untersuchen, ob für die Gewerkschaften etwas herauspringt, wenn weiter als Form der Matfeier die Arbeitsruhe beschlossen. In den Resolutionsen der internationalen Kongresse

propagieren. In den Arbeitstage heißt es, daß die Malfeier nur dort durch Arbeitsruhe begangen werden soll, wo sich das ohne wirtschaftliche Schädigung der Interessen der Arbeiter durchführen läßt. Die Gewerkschaften haben erkannt, daß sich die Arbeitsruhe ohne Interessenschädigung der Arbeiter nicht durchführen läßt und haben deshalb die Konsequenzen zu ziehen. Man könnte die Sache ja so diplomatisch erledigen, wie Döblin auf dem Kölner Gewerkschafts-Longress empfohlen hat, als er sagte: „Es steht ja in den Resolutionen, die Arbeitsruhe soll nur dort durchgeführt werden, wo es ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen möglich ist; bei uns ist das nicht der Fall, ergo feiern wir nicht!“ Ich glaube, eine derartige Stellungnahme ist einer großen Organisation wie der arbeitenden, die bestrebt ist und bestrebt sein muß, mit allen Mitteln der Arbeiterbewegung in Frieden zu leben, nicht würdig. Wenn wir so die Form der Arbeitsruhe langsam verbluten lassen und so lange warten, bis sie langsam verblutet ist, dann behalten wir auf Jahre hinaus noch diesen Bonkäpfel, und wir haben doch alle das

dringende Bedürfnis, die Bewegungsmöglichkeiten zu beschränken. Man hat von dem agitatorischen Charakter der Demonstration gesprochen. Aber tatsächlich kann doch, wie die Zahlen über die Zahl der Feiernden beweisen, von einer Demonstration in der Metallindustrie nicht die Rede sein. Ich bestreite nicht, daß in den ersten Jahren die Matzeier einen gewissen demonstrativen Einfluß ausübt hat, nicht nur auf die Arbeiterschaft, in die Ideale hineingetragen wurden, sondern auch auf die Unternehmer hat sie eine heilsame Wirkung zunächst ausgeübt. Ich glaube, daß die Arbeitszeitverkürzung, die anfangs der neunziger Jahre in zahlreichen Industriegegenden Deutschlands eingetreten ist, nicht zuletzt die Folge der Propaganda der Arbeitsschule gewesen ist. Aber richtig ist es, daß eine Demonstration, die in jedem Jahre in denselben Tage wiederkehrt, die noch heute dieselben Formen hat wie 1890, nicht mehr den Eindruck bei den Unternehmern und den Behörden hinterläßt, um sie zu Koncessions an die Arbeiter zu zwingen. Wäre die Demonstration etwas, was sich fortsetzen und ausdehnen könnte, so könnte man noch von einem demonstrativen Charakter reden, aber was sich steigern läßt, das ist höchstens die Teilnehmerzahl, und daß diese sich nicht wesentlich gesteigert hat, werden alle Kollegen, die die Vorgänge objektiv beobachtet haben, zugeben müssen. Die Demonstration für Verkürzung der Arbeitszeit, für den Arbeitertag und für den Volksfrieden wollen wir nicht bestreiten, aber dazu brauchen wir nicht die Form der Arbeitsschule, das können wir durch Veranstaltungen am Abend des 1. Mai oder ähnlich am ersten Sonntag im Mai zum Ausdruck bringen. Man hat ferner gefragt, die Matzeier ist auch ein Kampfmittel, ich kann Ihnen das doch nicht die Aussperrungen der Unternehmer

gefallen zu lassen, sondern können den Gehörlosen nicht empfehlen und unsere Förderungen durchzuführen führen. Ein Bild auf die tatsächlichen Verhältnisse lehrt uns, daß dies nicht möglich ist. Sodann ja selbst der Majestät gewesen, und in den Annalen des Vereins werden Sie ja auch finden, daß ein Vatrog. Ausstellung der Unternehmer mit Förderungen der Krieche zu Leistungsergebnissen keinen Namen trägt. (Bauern: Bonn?) Es ist noch nicht lange her, es wäre 1905 auf der Leipziger Generalversammlung. Sodann gebe an, ich bin aus einem Sohn aus Bonn gebürtig, habe mich getraut, ich halte das aber für keine Schönheit. (Sehr richtig!) Wenn nun der Meinung ist, daß man das, was man einmal als richtig erkannt hat, nach weiter beständigen Erfahrungen nicht erhalten mag als einer Weisheit legten Schluß — ich glaube dann ist man kein einflügler, sondern ein fahrlässig verantwortlicher Mensch. (Sehr richtig!) Das möchte ich nicht sein, ich möchte mich lieber gekonnt machen als ein unkundiger Mensch sein. (Heiterkeit) Damit will ich natürlich nicht sagen, daß Meisterschaften, die esbert Meinung sind, unter allen Umständen korrekte Meister sind, die kann man sich ja später machen. (Große Heiterkeit.) Ausgeprägt der Einsicht nach der Ausdehnung der Unternehmertumswelt wird über jede einzelne Förderung ein Prinzipienkomplex entstehen, der die Förderung dementsprechend, über die wir uns in den ersten Tagen der Generalversammlung unterhalten haben. Das sind Prinzipienkomplexe die nicht isoliertbleiben, die nicht ausgespart werden in Deutschland, Sachsen, Brandenburg, Berlin, sondern die ausgesparten werden müssen, denn einzige Unternehmertumswelt ist die der Unternehmertum. Solche Werte werden auch folgenden Komplexen nicht entsprechen.

Den Wegen gehen, wenn gegenwärtige Zustände beibehalten, den
besten Erfolge erzielen lassen. Aber das ist nicht ausgeschlossen,
da es in solchen Fällen möglich ist, dass am 1. Mai nicht in allen
Städten gute Demonstrationen, die die Gewerkschaften im Voraus bestimmt
haben wollen, und gerade weil wir den 1. Mai nicht in den Städten
feiern werden, eine gewisse Gewerkschaften beklagen müssen, weil wir den
1. Mai am 1. Mai und nicht am 1. Dezember feiern müssen, da
dann ist die Gewerkschaft am 1. Mai als Kampftag nicht mehr
angezeigt. Es lohnt sich interessant, bei dieser Auseinandersetzung in der Sozial-
istischen und Sozial-Demokratischen Partei und Kürschnerlegie, beiß auch er, obgleich
die Gewerkschaften hier nicht direkt einverstanden ist, da die Gewerkschaften die am 1. Mai Gewerkschaften eines Mittels
Organisationen unterschätzen möchten; aber den 1. Mai feiern, sollte es
nicht Gewerkschaften tun. Wenn die Sozial-Soziale, dann kann
wir uns hier mit der Fragestellung der Wahlvorbereitung nicht zu beschäftigen.
(Zweckliche Fortsetzung.) Weil aber im Laufe der Jahre
Wahlvorbereitung eine Sorge der gewerkschaftlichen Organisationen
wurden ist, bestellt sind wir bestrebt, mit aller Dringlichkeit an
zu erledigen, dass die Gewerkschaften nicht gut dastehen können. Gewerkschaften und Wahlvorbereitung, die am Sonntag den 1. Mai die
gewerkschaftliche Feier, und gewerkschaftlichen Mitteln zu unterstehen
wollt, und dass über den Gewerkschaften, was hat gegen-
wärtig Gewerkschaften den Verdacht erheben: Sie lebt ja jetzt
bestreitbare Schmerzen, die gut nicht mehr inszenieren sind. Da-
her kann man bestreitbare Schmerzen aufzunehmen, die aber Schmerzen von

worden sind. Wenn Ihnen, Sir, es erlaubt ist, manchmal ein paar abgelegte Ideale kündigen. (Große Gelächter.) Wenn wir Gewerkschaftler und den Arbeitern nicht beibringen lassen, so halten wir es für sehr viel besser, nicht nur an einem Tag im Jahre, sondern an 365 Tagen den Idealismus zu betätigen (Sehr gut!), und diesen Idealismus sich paaren zu lassen mit der Vernunft, mit kluger Überzeugung aller beständigen Umstände, die nun einmal bei der Führung wirtschaftlicher Kämpfe beschachtet werden müssen. Deswegen können wir alle die Angriffe, die über uns gegeben werden, wenn wir der Resolution zustimmen, ruhig über uns ergehen lassen. Ich bin der festen Überzeugung, wir leisten dem Markt sowohl als den Gewerkschaften einen großen Dienst, wenn wir die Initiative zu einer Reform der Wirtschaft ergreifen. (Schr. richtig!) Nun kommt ein: Die Unternehmer werden sagen, ihr habt einen Rückzug angetreten, ihr habt euch bankrott erklärt! Nein, die Unternehmer werden sagen, die Arbeiter fangen an, uns gefährlich zuwerben (Schr. richtig!), die wollen nicht mehr ihre Stampsmitte zu etwas Risikofrei verpulvern, sondern sie sind vorsichtig und sparen ihre Stampsmitte, um zu einem Zeitpunkt wo sie die stärkeren sind, gegen uns vorzugehen. (Sehr richtig!) Deshalb können wir auch all die Prophezeiungen ungünstiger Gewitter ruhig über uns ergehen lassen.

Die Frankfurter Volksstimme war das erste Parteiorgan, das sich unter der Überschrift „Die Reform“ der Maister“ mit unserem Beschlusse beschäftigte. Sie schreibt in Nr. 13 vom 8. Juni 1909 einleitend: „... Eine „Reform“ der Maister! Das hört sich wie blutiger Hohn an, ist aber durchaus nüchtern Ernst. In der selbständigen, eitelmäßigsten, revolutionären Kündgebung des internationalen Proletariats ist „reformiert“ worden von der größten deutschen Gewerkschaftsorganisation. Wenige Verbände beamte und mehr praktisch tätige Männer sollten diesmal als Delegierte zur Generalversammlung entsandt werden. Und doch ist die „Reform“ der Maister in großer Mehrheit, mit 129 gegen 51 Stimmen, beschlossen worden. Dieser Tatsache gilt es offen ins Gesicht zu sehen. Es gilt, sie zu verstehen, zwar nicht, um alles zu verzeihen, aber doch, um uns zu versöhnen.“ — Die Tatsache, daß die Delegiertentwahlen unter den angegebenen Patole stattfanden und daß es in ihrer großen Mehrheit Männer aus der Werftatt sind, die den B

Wir verstehen es aber nun durchaus nicht, wenn sich die Vollstimmung so anstellt, als ob sie von dem Beschlusse besonders überzeugt worden wäre. Wir haben schon vor zweit Jahren (vergleiche unsere Nr. 33 von 1907) keinen Zweifel darüber gelassen, daß in es begründen würden, wenn der internationale Kongreß den Beschlusß über die Arbeitsruhe aufheben würde. In der Materialbeschaffung über die Maister, die der Vorstand vor zwei Jahren herausgegeben hat, ist ebenfalls kein Zweifel darüber gelassen worden, wie unsere Verbandsleitung darüber berütt. In anderen Gewerkschaften sind die gleichen Streitungen zum Durchbruch gelangt. Wir verweisen nur auf den Verbandstag der Solariabete in Stettin im vorigen Jahre. Die Reden, die dort gehalten wurden, haben große Schärfe mit denen unserer Berichterstattung in Eichendorff und Sederling. Wäre damals nicht der Hamburgische Gewerkschaftskongreß in Ansicht gesstanden, hätten die Holzarbeiter wohl ihren Beschluß von 1906 modifiziert, auf keinen Fall jedoch im Sinne einer erhöhten Propaganda für die Arbeitsruhe. Schildhauer haben es moralisch auch abgelehnt, für die Arbeitsruhe propagandistisch tätig zu sein. Auf die einzelnen Streitpunkte der Volksstimme brauchen wir nicht einzugehen, diese sind durch unsere sichernegehrten Reden schon widerlegt.

Zu einer weiteren Rässmer (183 vom 11. Juni 1909) brachte die Hamburger Polizeipolice auch die Einsendung eines Liedes nach unten auf einem Verbandstage. Leider ist Einsendung unzulässig. Was der Teilnehmer an Schmerzen bringt, ist in der Komplikation, daß voran die wegen der Arbeitlosigkeit regellosen Leute befouren, sondern nur die Arbeitslosenunterstützung eröffnet und doch bei der Versammlung in Hamburg der Schluß der Debatte eingesungen wurde, ehe sie begonnen hatte. Was einen Punkt betrifft, so wird auch in anderen Verbänden so machen. Und wir meinen zudem, daß, da die Mitglieder keine anderen Pflichten verfügen als den Verband leisten, die Arbeitslosenunterstützung nicht so gering geschöpft werden kann. Die Klage des Schriftschriften der Debatte ist in der Polizeipolice sehr deplorabel; Einender hätte besser daran getan, wenn er seine Schmerzen Hamburg zum Ausdruck gebracht hätte. Da dort mehr als eine Ressierung über einen Punkt wieder eröffnet wurde, so hätte doch auch bei diesem Punkt verhandelt werden können. Wenn um Ressierung richtig ist, hatte füry der Einender auch zum Worte rechtfertigung; er zeigte aber bei der Ressierung nicht die Behandlung wie bei anderen Punkten, er kam deshalb gewißlich an das Ende des Rednerpultes, was ausgeschlossen wurde, es sei ihm mit der Ressierung nicht so sehr Ernst. (Wir kommen auf den Schluß der Debatte zu späterer Zeit noch zurück.)

Der Botschafts (Nr. 134 vom 12. Juni 1909, 1. Bef. 1909) ebenfalls sehr verständigt über den Staatsfeindschluss und nach Erteilung der Resolution seine Zustimmung mitgeteilt:

Die Resolution bedeutet nichts Geringeres als eine Waffen der Marxisten. Mit besonderer Bedeutung wird zwar festgestellt, daß der internationale Staatsfeindschluss zur Arbeitsgemeinschaft bestrebt ist, so es ohne Schwierigkeit Gewerkschaftsinteressen möglich ist, doch haben weitgehend die Gewerkschaftsresolution, zwischen Reich und Seerings nicht festgestellt, daß im internationalen Staatsfeindschluss jenen einschränkenden Faktoren der Übergebau und mittelbar vorausgeht, der sämtlichen proletarischen Organisationen der Arbeitnehmer zur Pflicht gemacht wird, „die Gewerkschaften am 1. Mai anzutreiben!“

Die letzte Resolution erfordert, daß in der Eisenbahnindustrie die obigen Interessen ohne wirtschaftliche Bedingung der Arbeitnehmer nicht möglich ist, so können wir auch diese Botschaft besonders bejubeln. Übergebaute nicht nachdrücken, nicht möglich ist, können wir nicht anstreben. Die inneren Verbandsstädte, die eine wirtschaftliche Schädigung ohne weiteres nicht ertragen, können am 1. Mai ziehen. Um

Die Resolution besteht aus 510 Zeichen und kann nicht
wirtschaftliche Erfüllung erhalten.

Digitized by srujanika@gmail.com

„Seit dem Konkordat zwischen den beiden Parteien und der Deutschen Metallarbeiter-Verband und seine Stellung zur Weltkrieg. Die Zentrale dieser Organisationen bekennt also mehr als einen kleinen Preis, die er großen Mitgliederfach verhältnissen hinweist. Dessen sind sich die beiden Abgeordneten, dessen das auf die 129 Delegierten, die mit „Ja“ stimmten, bewußt gewesen, und deshalb gerade auch der Hamburger Beschluss als einer der bedeutsamsten bezeichnet werden, den eine deutsche Arbeitersorganisation jemals gesetzt hat; denn wenn erst einmal an dem Bau herumgedacht worden ist, den der Pariser Internationale Arbeiterkongress im Jahre 1889 errichtete, an dem Bau, der nunmehr zwanzig Dezennien allen Stürmen schlecht und recht stand, aber doch immerhin gestorben ist, dann ist die Gefahr nicht gering, daß anders Gewerkschaften beim Hamburger Beispiel folgen und daß der Bau, der gedacht war als ein ragendes Monument der Energie, des Idealismus und des Opferwillens des internationalen Proletariats, bald besteht als versiegtes Denkmal der Verzagtheit, des Klein- und Wamselmutes, wie er zuweilen auch die Herzen der Besten und Tapfersten beschleicht. . . . Gerade der Metallarbeiter-Verband aber mußte sich hüten, den Siegen der Maisterstilrger zu eröffnen, damit nicht das Erede auslomme, ihm hätten die Berliner Workommunisten von 1906 eine Verallgemeinerungs- und Vergrößerungsfestlichkeit eingegeben.“

Der Hinweis des Vorwärts auf die Abstimmung von 1906 (A. E.-G.) spricht gegen seine Argumentation. Zum Beweis unserer Behauptung verweisen wir nur auf die Aussführungen unseres Kollegen Cohen auf dem Hamburger Gewerkschaftscongres über die Folgen der Metallarbeiter in Berlin im Jahre 1906. Wenn er gar meint, nur der Metallarbeiter-Verband hätte mit dem Beschluss nicht vorangehen sollen, so fehlt uns für diesen Einwand das Verständnis. Wir sind auch nicht verdrgert über die Berliner Abstimmisse von 1906, aber wir ziehen die Konsequenzen aus den dort und anderswo gemachten Erfahrungen.

den Mitgliedern als Eingesetzten bestimmt für den Beschuß, am 1. Mai zu feiern oder nicht, nebst der sich aus der Arbeitstuhe ergebenden Folgen aufwärts. Das ist nun bis zu einem gewissen Grade richtig, da ja eventuell die Arbeitslosenunterstützung geletzt wird. Unser Beschuß zielt, daß gebeten wird unumwunden zu, darauf ab, den Verband durch die Opfer der Maifete nicht zu sehr in Anspruch nehmen zu lassen. Da sind unter andere Verbände vorausgegangen, und der Vorwärts war es im Jahre 1906 (Mai 191 vom 18. August) festlieb:

Gewiß haben die Gewerkschaften ein Recht, von der Partei Rücksicht auf die gewerkschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten zu verlangen. Das ist aber in der Frage der Maifeier auch durch die Fassung der Maifeierresolutionen geschehen, die es in die Hände der Gewerkschaften selbst legten, sowohl in Rücksicht auf die Pflege des proletarischen Idealismus, als auch in Rücksicht auf die Durchführung von Möglichkeiten der Arbeitsruhe den Umfang der Arbeitsruhe selbst zu bestimmen."

Was den proletarischen Idealismus betrifft, hat uns die Genossin Rosa Luxemburg auf dem Parteitag in Nürnberg gesagt, die Frage der Unterstützung sei die Schilderung, die der Matfeier um den Wahlkampf geworfen worden sei, um sie zu entkräften. Eine vollkommenen Lösung der Unterstützungsfrage in dem Sinne, daß einerseits die Matfeier immer mehr ausgedehnt wird, andererseits aber alle Opponenter unterstellt werden, könnte gar nicht gefunden werden. Die Unterstützungsfrage erklärte also die Genossin Luxemburg für entschieden. Und unter dem Eindruck ihrer Rede hat der Parteitag die Vereinbarung sozialen Generalkommunisten und Parteivorstand, die der Hamburger Gewerkschaftsvertrag akzeptiert hatte abgelehnt. Nach diesem Besluß kann man es den Gewerkschaften sicher nicht verdenken, wenn sie einen „Reform-Matfeier“ anstreben und auch herbeiführen. Die Gedanke, der der Matfeier zugrunde liegt, braucht darunter nicht zu leiden. Wir sind der Meinung, daß durch eine Kette von Sonntagen eine weit wirkungsvollere Demonstration erreicht werden kann, als nach der bisherigen Form. Diese „Reform“ ist von anderer Seite schon früher einbringlich befürwortet worden. Wir erinnern nur an den Antrag von O. Stolten (Hamburger Parteitag 1897) und seine Begründung.

Der Vorwärts läßt den Kollegen Gebering jatte
über in bezug auf die „Abstimmung“, die sich durch unser so
gesuchtes Eintrittes für eine große Idee der Herren Unternehmer u
der Behörden bemächtigen oder schon bemächtigt haben könnte.
Nicht leicht will Gebering über, er konstatierte nur eine La
sache. Weit mehr Respekt als vor der Demonstration durch
betschreibe am 1. Mai unter mangelhafter Beteiligung haben Un
ternehmer und Behörden vor kräftigen Organisationen, die ihnen V
erantwortungen für die Arbeitserfolgen abringen können.

Mit dem Hinweis, daß die ganze sozialdemokratische Partei
menthalts auf dem Durchbohrungsprinzip beruhe, sagt uns
Borodrits absolut nichts Neues. Wie sind mit dieser Tattil
kommen einverstanden, sie unterscheidet sich aber von der Propaganda
für die Arbeiterschaft sehr insentlich.

Die Hoffnung des Fortwärts, daß beim internationalen Kongreß in Kopenhagen 1910 Idealismus und Realismus in gesamt-europäischer Beurteilung eine solidarische Maifeier-Zoffit gebären, an der Proletariat aller Länder seine Freude haben kann", teilen wir mit bestehend nicht, weil dieser Kongreß an den "Sachen, die sich im Parallelepipedo stauen", nichts ändern kann. Jedes Land muß Zoffit befolgen, die ihm seine Verhältnisse vorschreiben. So sprach es auch der Pariser Kongreß von 1889 aus, erst spätere Kongresse haben uns die Schabilone gebracht, in die wir uns aber nicht lassen lassen können.

Schneller Postzeitung!

11. Zage (self Zoge) hat die sonst so stige Leipziger Zeitung gebraucht, sich von dem Schreden über unseren Wahlbeschluss zu erholen. Dann aber holte sie zu einem vernichtenden Schlag aus gegen die Uebelträger, die es gewagt haben, ohne Blitze des Leipziger Volkszeitung über die Matzeten einen Besitz zu fordern. Am Mittwoch den 16. Juni 1909 (Nr. 135) sauste Blitzstrahl hernieder im Gestalt eines Leitartikels, an dessen Thron sofort den „gelehrten Herrn“ Verfasser erleutet. Unter klassischen Ueberrichtstif: „Also das war der Zweck.“ heißtt es da:

Benni Lessing einmal ein Buch schreiben wollte über Thema: Gutes aus schlechten Büchern, so könnte man jetzt fragt sein, eine Abhandlung zu schreiben über das Thema: Möglichkeit einer schädlichen Tattit. In der Tat hat der Generalversammlung der fallarbeiter mit ihrer Tattit, die sie zur Abdrosselung geäufert eingeschlagen haben, dieser Fehler mehr genützt geishabed; denn sie haben die gesamte deutsche Arbeit so auf die geheime Maulwurfsarbeit aufgemacht, die seit Jahren in gewissen Gewerkschaftskreisen,

und allem in der Verbandsleistung des Metallarbeiters gegen das Recht der Arbeit schmälernd betrieben wird. Den bauischen Arbeitern aber ist die Maister viel zu leicht aus dem Auge gewichen, als daß sie genugt wären, sich zu gestatten, eine noch so rohlinierte Kultur einziger ihrer Männer verhandeln und verschlammern zu lassen. Sie werden Ihnen ein beweisen: die gleiche und nicht weiter zu rauschen, mag auch der Maister und der Schmied einige dieser gewaltigen sozialen Empörerleidungen und ihre Beobachtung des großen Prozesses abraufen noch so große Dimensionen angenommen haben. Magte doch schon der Delegierte zur Hamburger Generalversammlung der Metallarbeiter Dittmann-Hamburg, über die „Gelöschterliche“ Zeit der Zeitung und die „unwürdige“ Bevormundung der Kollegen, was ihm freilich von dem Vorstand nur die erhabene Bemerkung eintrug, daß man ihn nicht ernst nehme. Aber freilich Schilde nimmt ja auch die Parteipresse nicht ernst, wenn sie gegen seine Dankschaffens Bevormundungsversuche protestiert! Bissher war für diesen Kommissar kein Raum in der Arbeiterbewegung. Er galt als die widerlichste Eigentümlichkeit von Kolonialassessoren und Negierungsräten. Mögen die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß sich dieses Paradenuprozentum nicht in den Gesetzen ihres Völkerrechts setzt!

Um den Verger der Leipziger Volkszeitung voll würdig zu können, muß man zunächst wissen, daß Kollege Schilde in einem Brief an die Genossin Schäfer (betreffend die Berichterstattung über die Generalversammlung) über die Leipziger Volkszeitung die Bemerkung machte, daß dieses Blatt hinter allem, was es nicht selbst mache, Vertrat in letzter und daß man dessen Ablehnung des „offiziellen“ Berichts durchaus nicht tragisch nehme. Da nun definitiv Geschwindigkeit keine Segret ist, so übertrug sie Schildes Bemerkung vom 17.7.1909 in sofort auf die Parteipresse. Wie verstehen der Leipziger Volkszeitung, daß wir ihren in Frage stehenden Artikel auch nicht ernst nehmen? Wissen wir ja doch, daß in der Redaktion der Leipziger Volkszeitung auch nur „Empörerleidungen“ stehen. Nur diesen und die anderen Demagogienriffe des Blattes fällt auch der große Babel da draus nicht herein.

Die Leipziger Volkszeitung übernimmt auch die Schmerzensrufe des „Teilnehmers an der Generalversammlung“ aus der Frankfurter Volksstimme über die Befreiung der besonderen Maiunterstützung. Dass es ausgerechnet die Leipziger Volkszeitung ist, die sich dem Vortrag über den Wegfall einer erhöhten Unterstützung anschließt, das ist das Erheiternde an der Sache. Dasselbe Organ, das nicht genug jammern kann über das Verschwinden des Feindschlusses, das die Arbeiter systematisch zu „Kommunisten“ erheben will, heult darüber, weil der Besluß unserer Generalversammlung in seiner Konsequenz bedeutet, daß der Einzelne selbst Opfer zu bringen habe für die Befreiung seines Ideals.

Dann entrüstet sich das Blatt darüber, daß, als Seberring Bericht erfasst hat, sofort ein Schlußantrag eingesetzt, wodurch einer großen (?) Anzahl Redner das Wort abgeschnitten wurde. Diese Praxis entstammt dem preußischen Ältereordnetenhaus und sei bisher von den deutschen Arbeitern mit Recht als Gipfel der Riecherdrückigkeit gebrandmarkt worden. Man habe erst die „fremden“ Berichterstatter und damit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, dann ging man dazu über, die Redefreiheit zu erdrosseln. Und diese Erdrosselung wurde in dem offiziellen Bericht unterstrichen!

In der Leipziger Volkszeitung hat man gewiß auch schon einmal etwas von einer Geschäftsförderung gehört. Eine solche hatte auch unsere Generalversammlung sich gegeben. Und als Seberring seine Rede beendet hatte, verlangte Gaßiger (Schweinfurt) das Wort zur Geschäftsförderung und erklärte, daß wir uns nun seit nahezu 20 Jahren um die Frage der Maister streiten, er glaube, es wäre die beste Lösung, die Resolution ohne Debatte anzunehmen. Er beantragte deshalb, die Debatte nicht zu eröffnen. Dieser Antrag nahm die Generalversammlung mit 94 gegen 65 Stimmen an. Niemand meinte sich, um gegen diese Handhabung der Geschäfte Einspruch zu erheben. Idiotisch standen auch die Gegner der Resolution Reichel unter dem Eindruck, daß durch eine Diskussion doch kein anderes Refutat herbeiführt werden könne. Denn sie hatten ja Gelegenheit, während der Tagung der Generalversammlung die Stimmung der Delegierten zu sondieren. Die Generalversammlung hatte auch noch andere Aufgaben zu erledigen als die Maisterfrage. Und sie hat sie fast respektlos erledigt. Naß ist der Glaube der Leipziger Volkszeitung, die Delegierten hätten sich etwa durch die Anterscheinheit „fremder“ Berichterstatter (der „Auslöser der Oeffentlichkeit“ ist Phantasie) in ihrer Abstimmung beeinflussen lassen.

Die ganze Geheuer der Leipziger Volkszeitung wird jedoch ohne Wirkung bleiben. Sie wird aber auch endlich einsiehen lernen müssen, daß wir jetzt 1909 schreiben, daß seit 1905 vier Jahre vergangen sind.

„Dunkelhafter Eigendunkel eines Parteimeisters über Sachen, von denen er nichts versteht.“

Mit diesem Motto versehen sandte uns ein Kollege die Nr. 195 der in Elberfeld erscheinenden Freien Presse zu, in der ein Leitartikel enthalten ist mit der schönen Überschrift: „Dunkelhafter Behandlung der Partei durch eine Geheuer.“ Wer etwa in dem Artikel Beweise für die behauptete „dunkelhafte Behandlung der Partei“ sucht, wäre auf dem Holzweg. Abgesehen von der Einleitung, die wir noch wörtlich ättleren werden, ist darin von dem als Schlagwort so beliebten „Bureaucratismus“ die Rede, den der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes pflegt und beginnende, wofür als Beispiel die „offizielle Berichterstattung“ über den Verbandsstag angeführt wird. Der Maisterredenschluß paßt dem Artikelschreiber auch ganz und gar nicht. Der Metallarbeiter-Verband stelle immer mehr die Frage der Möglichkeit (!) an die Spitze seiner Erfordernisse und ziehe „das Wesen des Klassenkampfes“ nicht genug in den Bereich seiner Interessen“. Daraus werden noch einige ähnliche Abschreibungen gereicht — denn es sagt ja schon der Dichter: „Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, Es müsse sich dabei doch auch was denken lassen“ —, und zum Schluss wird eine Stelle aus einem Briefe des Kollegen Schilde zitiert, den er an einen Kollegen richtete, der für den Zeitgeist einen Artikel gesandt hatte. Diese Stelle lautet:

„Man wird sich aber in Versammlungen, wo man die Leute für ihre Befreiung begeistern und zu einer darauf abzielenden Aktion gewinnen soll, immer wieder darauf befragen müssen, ihnen einzuspielen, zunächst ein Schöpfung des Lohnes anzustreben. Die Gesichter möchte ich sehen und den Widerstand, der dem Redner aufgegengestellt wird, wenn er in einer Versammlung, die sich mit Lohnfragen beschäftigt, den Leuten empfehlt, ansichti. Erhöhung der momentanen Löhne. Wisschaffung der Lohnarbeit zu verlangen. Das würde ungefähr den gleichen Effekt machen, wie Verheißungen auf einen kommenden Messias. Da daran in absehbarer Zeit nicht zu denken ist, sondern die Lösung dieser Frage von der Entwicklung abhängig ist, tut man unseres Erachtens noch gut, wenn man sich auf das nächstliegende befreundt und das zu erreichen sucht.“

Das nimmt den Metallarbeiter des Deutschen Reichs eine Stellung; es meint, es könnte doch nicht schaden, wenn man in einer solchen Versammlung den Arbeitern sage, daß das Ungeheuer die Befreiung der Lohnarbeit sei. Darauf würde der Befreiung der Arbeiterschaft bestehen. Wir könnten sehr, daß es ohne Schaden für die Arbeiterschaft möglich wäre, diesem erstaunlichen Gesetz einen Lohnkampf führen zu lassen. Die betreffenden Arbeiterschaften würden ihm sicher und mit Nachdruck antworten: Alles zu seiner Zeit, jetzt ist mal zu, wie du unserer Forderungen zum Siege mitversuchen kannst. So würde der erhabene von seiner Sache vor dem „Weltgewerkschaftlichen“ Rücken werben oder den „Schauplatz der Geschichte“ verlassen müssen.

Ran zu der schön erwähnten Einleitung des Artikels; diese lautet:

„Weiter als andere Gewerkschaften ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband in den letzten Jahren inneren Konflikten ausgesetzt gewesen. Das liegt sicherlich nicht schlecht weg an der Entwicklung des Verbands, wie manche meinen, sondern an den beiden Machthabern, die sich in dem Metallarbeiter-Verband und seinen Gegnern gegenüberstehen. Hier die stärkste, 882 000 Mitglieder umfassende Arbeiterorganisation Deutschlands, dort die Vertreter der schweren Industrie, die Metallindustrie, welche die bisher höchste Entwicklung des Kapitalismus erlitten haben und mit den Bergwerksgewerben ionangebunden im Scharfschäferium sind. Insofern sind die Kämpfe des Metallarbeiter-Verbandes typisch für die vor- ausichtliche Entwicklungslinie der Gewerkschaften im allgemeinen, typisch aber auch für die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeit der Gewerkschaften. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß wir die Kultur der Betriebsleitung des Metallarbeiter-Verbandes runterwegs zu bringen und sie freizusprechen von den Beschränkungen, wie sie zum Beispiel infolge der Kämpfe in Stettin und Mannheim hervorgetreten sind, wozu jetzt noch hingenommen ist.“

Die Leser merken wohl bereits, in welchem Kopfe es „Klaus“ aussteht. Aber nun kommt schweres Geschick:

„Auf dem jüngsten Verbandsstag des Metallarbeiter-Verbandes, der vom 1. bis 5. Juni in Hamburg tagte, sind dem Vorstand wegen seiner Haltung von mehreren Delegierten schwere Vorwürfe gemacht worden. Ganz sagte der Verbandsvorsitzende Schilde, er nehme die Anschuldigungen des Delegierten Dittmann-Hamburg, der gegen die „Selbstbeherrschung der Zeitung“ und die „unwidrige Bevormundung“ der Kollegen stark ins Zeug ging, nicht ernst, aber wir meinen, wenn der Vorstand sich selbst klar ist über die Situation, so kann er nicht leichten Herzen über diese Dinge hinweggehen. Der Vorwurf einer überwucherten Bureaukratie im Verband, die die Verbandsbeamten zu willenslosen Organen des Vorstandes macht — auf der Generalversammlung fielen die Worte „Sanktcharaten“ und „Praktionen“ — dürfte wohl doch nicht sonderlich sein.“

So ungeschickt kann man es in gegnerischen Blättern auch lesen, dazu brauchen nicht die Barmen-Elberfelder Arbeiter weites Papier zur Verfügung zu stellen. Die Freie Presse urteilt auf Grund einiger Bemerkungen des Kollegen Dittmann, ohne sich darum zu kümmern, welche Stellung die Generalversammlung dazu und zu den Vorgängen in Stettin und Mannheim eingenommen hat. Folgendes ist charakteristisch für die Freie Presse: Unsere Gegner hatten mit Bestimmtheit darauf gerechnet, daß es wegen der Stettiner und Mannheimer Vorgänge zu Debatten und Beschlüssen kommen werde, aus denen sie Kapital gegen unseren Verband schlagen zu können hofften. Ihre Hoffnungen sind aber elend ausgelaufen worden. Die Stettiner und Mannheimer Vorgänge wurden zwar in aller Breite verhandelt, es fiel auch manch schärfes Wort, aber mit der einzigen Ausnahme waren alle Reden auf einen sachlichen Ton gestimmt. Fergendwelche Entschlüsse oder neue Gesichtspunkte traten dabei nicht auf. Die Aussprache führte zwar nicht unmittelbar zu einem direkten Beschluss, allein bei der Revision des Statuts lehnte die Generalversammlung alle Anträge zu § 38 ab, die auf eine Einschränkung der Befugnisse des Vorstandes abzielten. Es wurden auch die Anträge der Statutenveränderungskommission, durch die die Befugnisse des Vorstandes schärfer präzisiert werden sollten, abgelehnt, weil die Generalversammlung die bisherigen Bestimmungen für ausreichend hielt. Und der Vorstand selbst hatte ja auch keinen Antrag auf Tendenz der Paragrafen gestellt. In welchem Sinn die Ablehnung der Anträge zu § 38 (mit Ausnahme eines Zusatzes zu Absatz 10) aufzufassen ist, geht aus der Konstatierung des Referenten, Kollegen Höltipp, deutlich hervor, der ohne Widerspruch erklärte: Es bleibt also das alte Statut (§ 38) bestehen, infolgedessen auch die Handhabung, wie sie der Vorstand geübt hat.

Und nun läuft die Freie Presse ihren Unnachruf aus! Sie sieht auf einige Worte des Kollegen Dittmann stützt, so seien wir uns verantwortlich, nur eine Stelle seiner Rede nach dem vor ihm selbst anerkannten Protokoll hier wiederzugeben: „Was uns am unangenehmsten berührt hat, ist die Selbstbeherrschung des Vorstandes und die geradezu unwidrige Bevormundung der Mitgliedschaft. So kann es nicht weitergehen, sonst werden wir in kürzerer Zeit dahin kommen, daß die Mitglieder nicht mehr geholfen werden an dem großen Bau der Organisation, daß es auf der einen Seite eine Brötchenlancruppe gibt, die bereit ist, jede Erregung der Mitgliedschaft zu unterdrücken. (Lärm.) Wir sind noch nicht so weit, aber wir werden dahin kommen, wenn dieser Weg weiter beschritten wird. (Zuruf: Betwies!) Beweise kann ich dafür nicht liefern. (Lachen.) Lassen Sie mich doch auftreten, ich habe gesagt, wir werden dahin kommen. Beweise kann ich für Sachen, die in der Zukunft liegen, natürlich nicht liefern.“

Die Generalversammlung hat auch durch die Wahl der bisherigen verantwortlichen Beamten bestanden, daß sie deren Tun und Lassen — wie die Bremer Bürgerzeitung in einer objektiven Beobachtung sagt — als befriedigend erachtet. Damit muß sich auch die Elberfelder Freie Presse befreiden, die ohnehin kein Recht hat, sich in unseren inneren Angelegenheiten zu mischen.

Berichtigung.

In den in voriger Nummer aufgeführten Statutenänderungen ist bei § 5 zu berichtigten, daß es in den zusammengezogenen Absätzen 4 und 5 in der zweiten Zeile statt „am“ jeweils „während“ stehen muss. (Siehe auch § 8 Abs. 7 und § 21 Abs. 1 a.)

Metallarbeiterverhältnisse in Preußen.

III.

Zwischen den allgemeinen wirtschaftlichen Deroute haben da und dort auch die männlichen Personen eine Betriebsverfahrengesetz erfaßt. So ist im Bezirk Böhlitz infolge der Ruhigstellung elektrischer Kraft aus elektrischen Überlandzentralen in verschiedenen Handwerksbetrieben der Maschinenbetrieb eingestellt worden und es stieg die Arbeiterzahl von 523 auf 16 214 oder um 3,2 Prozent. Den größten Anteil an dieser Betriebsstillstand hatten die Metall- und Maschinenindustrie, ferner die Papierindustrie und die Industrie der Fahrzeugs- und Gemüsemittel. Auch im Breslauer Bezirk war eine Vermehrung der Arbeiter in den

Werkstätten und in der Dienstleistung, sowie einem Rückgang der Wirtschafts- und Gewerkschaftsbürokratie zu beobachten. Und im gleichen Zeitraum nahm in kleinen Gütern und in abgelegenen Ortschaften auf dem platten Lande die Wirtschaft der Kleinbetriebe zu, fortwährend über Mengen an Neuen, besonders den gewerbl. Krätern, Gehilfen und Schmidts getragen. Im Biegelbergsbezirk waren Schmiedereien und Maschinenfabriken gut beschäftigt und manche Betriebe legten über Arbeitsmangel und arbeitslosen Zustand.

Im anderen Bereich wird der wirtschaftliche Niedergang und die von ihm bedingte Verschlechterung der Lage der Kräfte am Schilbert. So steht es im Münchner Bericht: „Der Vertrieb der Arbeiter hat besonders in der zweiten Hälfte des Betriebsjahrs in diesen Industriezweigen einen Rückgang erlitten, welches zum Teil durch Lohnherabsetzungen, in der Haupthälfte jedoch durch die Verminderung der Arbeitsgelegenheit veranlaßt ist, da die Betriebe, vornehmlich die Maschinen- und Mühlenfabriken, aus Kriegsgründen genötigt waren, die übliche Arbeitszeit zu verkürzen und Fleischschichten einzulegen oder sogar einen Teil ihrer Arbeiter zu entlassen. Die Lebenshaltung eines nicht unerheblichen Teiles der Arbeiterbevölkerung ist hierdurch um so ungünstiger beeinflußt worden, als die Lebensmittel ihren bisherigen hohen Preisstand behauptet haben.“

In gleicher oder ähnlicher Weise wird die Situation auch in anderen Berichten, so im Berliner, Merseburger etc. geschildert. Im allgemeinen ist es auch jetzt noch so trost der kleinen Besserung, die vom Frühling gebrachte Vermehrung der Arbeitsgelegenheit einigen Industrien brachte und namentlich dauer die Teuerung nicht ungemindert an, sie hat durch die weitere mögliche Steigerung der Betriebspreise noch eine weitere Verschärfung erfahren, die insbesondere in der drückenden Preiszehrung ihre empfindlichste Wirkung

Die Krise hat in der Form der Betriebsbeschränkungen vielfach Arbeitszeitverkürzung gebracht, neben denen allerdings auch Fortschritte als Konzessionen an die Betriebsförderung für längere Arbeitszeit gemacht wurden. So hat im Magdeburger Bezirk eine große Emaillegeschäftsabrik die achtstündigen Schichten eingeführt, um denen bis dahin täglich zwei 10stündige Unterbrechungen werden die Oefen und das Feuerungsmaterial besser ausgenutzt. Obgleich bei der neuen Regelung die Städte nicht verändert wurden, viele Arbeiter dennoch nicht mehr den früheren Tagesdienst erreichten, ist sie doch von den Arbeitern gutwillig aufgenommen worden. Die mit der neuen Arbeitszeiterteilung für das Unternehmen verbundenen wirtschaftlichen Vorteile hätten ohne weiteres eine Lohn erhöhung wenigstens in dem Maße veranlassen sollen, daß die Arbeiter in den 8 Stunden mindestens ebensoviel verdienten, wie vorher in den 10 Stunden. Offensichtlich werden sich die Arbeiter diese notwendige Lohn erhöhung noch ertragen.

Aus dem Bezirk Münster wird berichtet: In einem Emaillewerk waren für den Betrieb der Brenner & Wedekind-Schichten derart eingeführt, daß an Wochentagen jeder Brenner eine Arbeitszeit von 16 Stunden hatte. Am Sonn- und Feiertagen nahmen die Brenner, die Samstag nachmittag 2 Uhr den Betrieb verlassen, am Sonntag abend 12 Uhr die Arbeit wieder auf und die Bremer, die bis Sonntag morgen 6 Uhr tätig waren, fingen Montag nachmittag 2 Uhr wieder an. Ihnen wurde also am Sonntag eine 84- und 92stündige Ruhe gewährt. Dennoch widerstand diese Einführung, wonach der Betrieb der Brenner erst Sonntag früh 6 Uhr eingestellt und schon 12 Uhr abends wieder aufgenommen wurde, der Bestimmung des § 105b der Gewerbeordnung, die für Betriebe der vorliegenden Art eine 24stündige Betriebsruhe vorschreibt, wenn die Sonntagsruhe erst 6 Uhr morgens beginnt.

Eine größere Gasanstalt im Bezirk Lüneburg führte am Stelle der 12stündigen Arbeitszeit die 8stündige ein bei gleichbleibendem Lohn. Auch eine Ziegelei, eine Schwefelsäure- und Superphosphorfabrik, ferner zwei Oefabriken haben die 8stunden schlicht.

Im Berliner Bezirk wurde wegen Mangel an genügendem Aufträgen die tägliche Arbeitszeit in zahlreichen Betrieben auf 8½ und 8 Stunden ermäßigt und einzelne Unternehmer sahen sich sogar genötigt, vorübergehend noch weitere Einschränkungen der täglichen Arbeitszeit einzutreten zu lassen und deren Ende schon in die fehlenden Nachmittagsstunden zu verlegen. In den dortigen Betrieben ist die tägliche Arbeitszeit durch einen zwischen den betriebszeitigen Organisationen abgeschlossenen Tarifvertrag auf 9½ Stunden herabgesetzt.

Der Bielefelder Bezirk wurde wegen Mangel an genügendem Aufträgen die tägliche Arbeitszeit in zahlreichen Betrieben auf 8½ und 8 Stunden ermäßigt und einzelne Unternehmer sahen sich sogar genötigt, vorübergehend noch weitere Einschränkungen der täglichen Arbeitszeit einzutreten zu lassen und deren Ende schon in die fehlenden Nachmittagsstunden zu verlegen. In den dortigen Betrieben ist die tägliche Arbeitszeit durch einen zwischen den betriebszeitigen Organisationen abgeschlossenen Tarifvertrag auf 9½ Stunden herabgesetzt.

In vielen Industriezweigen des Westsäcker Bezirks, namentlich in solchen, die unter dem Mangel an Aufträgen zu leiden haben, zeigte sich das Bestreben, die Arbeitszeit auf 7 bis 9 Stunden oder noch weiter zu verkürzen.

Die Verkürzung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit hat wiederum Fortschritte aufzuweisen, berichtet der Karlsruher Bergbau und Wissenschaftsverein. Im Würzburger Betrieb des Karlsruher Walzwerks und in der Dortmunder Genossenschaftsbäckerei „Vorwärts“ ist die achtfürstündige Arbeitszeit eingeführt. Eine neunstündige Arbeitszeit ist durch Tarifvertrag im Tapezierer-, Polsterer- und Dekorationsgewerbe in Dortmund festgesetzt und auch im Fleischergerbergewerbe haben die Geschäfte durch einen Streik die Heraufsetzung der täglichen Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden erreicht. Ein Versuch, statt der beiden zwölfstündigen Schichten drei achtstündige Schichten einzuführen, wurde in einem Blechwalzwerk im Kreis Olpe gemacht. Das Arbeitstempo ist in diesem Werk sehr intensiv, so daß nur ganz leistungsfähige Arbeiter tätig sein können. Die Einführung der achtstündigen Schichten sollte sowohl den Interessen der Arbeiter wie auch den Interessen des Werks dienen, indem die Arbeiter längere Ruhezeiten, das Werk aber eine kleine Erhöhung der Produktion erhofften. Nachdem die langen Schichten aber zwei Monate lang durchgeführt waren, mußte die achtstündige Schicht auf Wunsch der Arbeiter (?) wieder eingeführt werden, weil sie die mit der Verkürzung der Arbeitszeit verbundene Verkürzung ihres Verdienstes nicht mit in den Kauf nehmen wollten.

Ist diese Darstellung richtig, so erfreuen die Arbeiter mit der Betriebsleistung in seltsamen Weise. Erstere müssen für bestreben, zum Ausgleich der Verdienstdifferenz eine Lohn erhöhung zu verlangen, statt für die Achtfürstündigkeit die Zwölfstündigkeit einzutauschen und die Betriebsleistung hätte den Lohn etwas erhöhen müssen, wenn es ihr mit der Leistung entsprechend gewesen wäre.

Eine Fabrikhalle im Böhlitzer Bezirk führt in ihrer Rosinenfabrik drei Achtstunden- und 12stündige Betriebszeit ein. Sie sieht sich ohne Verkürzung des Arbeitszeitmauls durchführen, da die achtstündigen Schichten häufiger befehlt werden können als

die amarantigen. In dem Elektroklubhaus des Städte Alten ist ein elektrischer Betrieb mit elektrischer Arbeitszeit ausgeführt. Die Werke eingehend werden in den Werken die langen und unbürokratischen Zeiten in praktischen Betrieben der verschiedenen Industrien besprochen. Im Hause des Deutschen sind 49 von der Metallindustrie 184 und von der Maschinenindustrie circa 500 Arbeiter, die den beratigen langen Arbeitszeiten im Leichter Zeit in den Sitzungen des dergleichen und des Rätselischen Arbeitsteilungskomitees in Solingen, in beiden Städten durch Einflussnahme einer Klasse aus Handwerkern und Fabrikarbeitern, die für gewisse Abenden des Sonntags den Dienst im Elektroklubhaus übernehmen. Folge davon hat sich die Wechselseitigkeit der Stammabteilung auf das Grundstück verteidigt. Durch Einführung der elektrischen Arbeitszeit hat ferner das städtische Elektroklubhaus in Oberfeld die Einführung von 16 Stunden Wechselseitigkeit ermöglicht. Es läuft also bei gutem Willen auch der schwere Aufstand zum Vorteil aller Beteiligten besiegeln.

Von der Arise und der verkürzten Sonntagsarbeitszeit sind von den Werken noch für 21.097 Arbeiterinnen 898.120 (1907: 284.441) Überstunden bewilligt worden, woran die Metall- und Maschinenindustrie mit 574 Arbeiterinnen und 7515 Überstunden partizipiert.

Im Berliner Bezirk wurden die Betriebsleiter dreier Maschinenwerke wegen wiederholter zu langer Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und wegen Nachgewöhnung gefestigter Arbeitspausen zu 40, 12 und 6 M. Geldstrafe gerichtlich verurteilt. Da möchte man schon fragen: Sind das "Strafen" für die gesetzwidrige Überanstrengung junger Leute?

Wich gesetzwidrige Sonntagsarbeit wurde vielsach ermittelt und wurden 127 berartige Fälle festgestellt.

Der Besitzer einer Maschinenfabrik ließ sich erst einmal, mit 75 M. und 150 M. bestrafen, bevor er einer polizeilichen Verfügung auf Einrichtung ausreichender Maschinen in der Gießerei nachkam. Das sind die "schweren sozialen Lasten", über die zu klagen die Unternehmer bekanntlich nicht müde werden.

Sehr arm sind die Berichte an Lohnstatistischen Anstalten, indem sie sich durchweg auf die allgemeine Darstellung der Verschlechterung der Lage der Arbeiter befrüchten. Nur im Berichtsbericht finden sich einige beachtenswerte Zahlen. Es wird so zunächst berichtet, daß in einem großen Hochofenwerk das durchschnittliche Jahresentkommen der Arbeiter von 1907 auf 1908 von 1586.17 M. auf 1556.57 M. gestiegen sei bei Erhöhung des durchschnittlichen Schichtlohns von 4.26 auf 4.28 M. Auf der Stahl- und Walzwerksabteilung dieses Güternwertes sind dagegen das durchschnittliche Jahresentkommen von 1521.64 auf 1513.90 M. und der durchschnittliche Schichtlohn von 4.66 auf 4.64 M. gefunden. Auf einem Gußstahlwerk betrug der durchschnittliche Schichtlohn 4.20 M. im Oktober 1907, 4.27 M. im März 1908 und 4.15 M. im September 1908, ist also in der zweiten Jahreshälfte zurückgegangen. Auf einem großen Dortmunder Hüttenwerk trat in 12 Betriebsabteilungen eine Steigerung, und in 8 Betriebsabteilungen eine Veränderung der durchschnittlichen Schichtlöhne ein. Die Steigerung der Löhne bewegte sich zwischen 1 und 71 % und betrug durchschnittlich 12.5 %. Die Veränderung der Löhne dagegen 5 bis 15 % oder im Durchschnitt 10 %. In einem größeren Hochofenwerk des Siegerlandes fiel der durchschnittliche Schichtlohn von 4.63 M. im Vorjahr auf 4.26 M. im Berichtsjahr.

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß die Lohnverhältnisse dieser Arbeiterschichten, die unter ungünstigen Umständen eine durchaus schwere und anstrengende Arbeit zu verrichten haben, als durchaus unbedeutende und verbesseungsbedürftige bezeichnet werden müssen. Die anscheinend hohen Jahreslöhne sind nur durch viele Überstunden erzielt worden. Während das Jahr 1900 Arbeitsstage zählt, wurden bis zu 360 Schichten gemacht, also durchschnittlich das ganze Jahr hindurch bis auf 5 Tage gearbeitet; oder es wurden unmittelbar hintereinander zwei Schichten gemacht, eine Überanstrengung, die geradezu Selbstmord bedeutet.

Auf verschiedene Partien, wie Unfälle, Schußvorrichtungen, gesundheitswidrige Einflüsse etc. werden wir ein andermal zurückkommen.

Scharfmacherphilosophie.

Es. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung, das Organ der Scharfmacherverbände, hält sich einen Philosophen, dessen Aufgabe darin besteht, allgemeinlich die "sozialistische Arbeitgeberphilosophie" zu vernichten. Niemals gibt es mir und unter der Erde, was dem Name fremd ist, und wie dem Gedanken alle Dinge zum Besten, so müssen dem Philosophen der Deutschen Arbeitgeberzeitung alle Dinge dem einen Zweck dienen, die Republikanität und Vertrettheit des Sozialismus zu beweisen. Seine Erfahrung in der Natur, seine Begegnheit in der Menschheit, seine Lehre vom Kommunismus bis zum Sozialismus, die nicht unter den Händen dieses gekrönten Namens eine Denkschrift, eine Schrift, eine Art der Wirklichkeit das Eine für andere: Mein größter Unterkunft unter Gotts Sonne als der Sozialismus — oder was daselbst ist: Nichts weiter, nichts mehr als die sozialistische Geschäftsführerzeitung!

Als vor einigen Monaten die gebildete Welt (aus Katalog der hunderten Werke des jungen Scharfmachers) Deutungs gegeben, da war es Herr Gott zu — so heißt der Scharfmacherphilosoph —, der hundert nachzusehen, daß jeder Gedanke des Sozialismus in Grund und Boden widerlege. Nun haben wir zwar die Sätze des Sozialismus, Marx und Engels waren, für den Durchsetzung, für die Abwehr- und Entwicklungsidee ausgetreten und darüber war, wenn auch nicht Engels, so doch mindestens nicht Marx des Sozialismus — ein Mensch, der beide Sätze, ohne das zum anzuschauen kommt, daß sie zusammen passen, doch innerlich ganz gut verstehen. Aber Herr Gott weiß nichts: Marx verstand nichts vom Sozialismus und darüber nichts vom Sozialismus; ich habe beide Sätze in ihrem innersten Wesen ergründet und ich sage nun: ja richtig der Sozialismus ist, ja richtig ist der Sozialismus, dessen Vertrettheit genauso aus der Stütze des Sozialismus folgt.

Das kommt jedoch vom Sozialismus und vom Sozialismus noch viel weniger zu berichten als Herr Gott zu haben versteht, er kommt aus ein wenig klein wenig Unternehmensunternehmen zu haben, um jetzt zu erfahren, wie heillos unmöglich es ist, die Sache, die Sache für die ja sehr überzeugend, dem Willen der Menschheit mittellos präzisgestaltete Männer und Dienstleute einzuführen, nachdrücklich zu überzeugen auf die sozialistische Geschäftsführer, die ja in ihrer hochbetriebenen Sphäre die Reaktionen bestimmen, die es mit großer sozialistischer, technischer und wissenschaftlicher Sicherheit verbunden hat, die Sache selber zu erhalten. Aber dieser Widerstand der Unternehmensunternehmen besteht der Philosophie der sozialistischen Geschäftsführer nicht, und wie es im Allgemeinen mit diesen Sätzen ist, nämlich der praktische Beruf ist seinem sozialistischen Prinzip, die Realitätigkeit der sozialen Kapitalisten, die Einführung des Sozialismus mit dem Sozialismus zu verbünden, das die Männer und den Menschen für sozialistischen Sätzen führen nicht ertragbarer Eigenschaften besitzt.

Ob der Mann, der die "Scharfmacherphilosophie" vertreibt, nur angefangen ist, und nur einmal fünf Minuten darüber gesprochen hat, mag unter Werbungszwecken im Sinne des sozialistischen Werbegedankens zu verstehen sein. Aber ob, wenn diese Sache besteht, ein Mann noch sonst zu nehmen ist, dessen Sichtweise nicht stimmt, ist über die einsichtige Grundgesetze eines Sozialismus, aber das er zu vertreten untermittelt, klar zu verstehen?

Die neuere Sichtung des Scharfmacherphilosophen endigt an das Sprachentwurf des Geistlichen Klingenberg an; er kommt dann über Herder, W. v. Humboldt auf die neue Zeit, wo jüngst ein Metallarbeiter die Anregung gegeben hat, die Sprachforschung vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung zu betrachten, der, daß zum Beispiel die Dialekte auf die Einflüsse der geographischen, klimatischen und ökonomischen Verhältnisse zurückgeführt werden — ein Gedanke, der so einleuchtend ist, daß sogar der Gelehrte der Deutschen Arbeitgeberzeitung ihn nicht ohne weiteres abweisen vermag. "Es wird — so schreibt er — niemandem einfallen, die klimatischen und ökonomischen Einflüsse der Umgebung auf die Veränderungen sprachlicher Art zu bestreiten. Schon darum nicht, weil die Sprache ja nicht nur eine geistige, sondern eine sehr sinnliche, von den Sprachverzeugen abhängige Sache ist. Und die Einflüsse des Klimas auf den Kehlkopf, es bliebe keinen Menschen geben, der sie nicht schon selbst am eigenen Leibe verspürt hätte! Noch einen weiteren Schritt können wir den Materialisten entgegenkommen. Wir können gestottert zugeben, daß es gewisse Dörfer und gewisse Zeiten gegeben hat, deren durch politische und ökonomische Verhältnisse bedingter Charakter sich ganz deutlich in gewissen Bildern der Sprache ausdrückt. Gewiß kommt der ästhetische Sinn gewisser Dörfer in ihrer Sprache zum Ausdruck, er spricht sich darin aus", ebenso wie die merkantile Anlage anderer Nationen sich an ihrer Lagon de pariser erkennbar ist. Diese ethnographischen Unterschiede aber pflanzen sich, woran zu erinnern fast eine Vanalität ist, bis in das individuelle Leben fort. Selbstverständlich haben der Gelehrte, der Handarbeiter, der Künstler, der Kaufmann ihre besondere Art und Weise, zu reden, und es ist kein Kunststil, diese Verhältnisse auf die analogen Verschiedenheiten ihrer höheren Lebensumstände zurückzuführen."

Das sind gewiß schon recht anerkennenswerte Zugeständnisse an die Auffassung, daß die materiellen Verhältnisse von ausschlaggebendem Einfluß auf das geistige Leben sind. Aber Herr Gott kann nicht diese Zugeständnisse nur, um zu fragen, was denn damit bewiesen sei? Und seine Antwort lautet: So gut wie gar nichts! Denn damit sei nur erklärt, wie die höhere Form der Sprache: Klang, Aussprache, Satzbau, Wortreichthum zu stande komme; aber wie das Wort zum Prädikat eines bestimmten Begriffes werde, wie sich im Laufe der Zeit dieser Begriff ändere, wie also das innere Wesen der Sprache sich bilde und entwidde — das sei nicht durch äußere Umstände zu erklären, das lasse sich nicht auf das Milieu, nicht auf das Zusammenwirken der Massen zurückführen, sondern hier wirken Zufälligkeiten und Willkürlichkeit, vor allem aber die Eigenart großer Persönlichkeiten, Stadtmänner, Dichter und Schriftsteller bestimmden ein. Die materialistische Geschichtsauffassung sei allenfalls imstande, dem Woher und Wohin der höheren Form zu nachzugehen, aber die geistige Welt sei ihr ein Buch mit sieben Siegeln!

Mit diesen Ausführungen beweist der Scharfmacherphilosoph wieder einmal, daß er von der materialistischen Geschichtsauffassung wie von so vielem anderem, worüber er schreibt, nicht die geringste Ahnung hat. Die materialistische Geschichtsauffassung nicht sich gar nicht an, alle Erscheinungen des geistigen Lebens auf den Verlust der historisch-ökonomischen Methode zu schlagen und alle seine Veräußerungen und geheimen Ausdrückungen menschlichen Geistes auf wirtschaftliche Umstände zurückzuführen, etwa den Unterschied des Goetheischen und des Lessingschen Stiles durch die materialistische Formel zu erklären. Lediglich hat es seine Gründe, weshalb Lessing so und Goethe so schrieb, aber dafür kommen so viele und verwickelte Umstände in Betracht, daß es einfach Unfug wäre, irgend ein Sprachfach von wenigen Worten als Lösung blicken zu wollen. Und ebensoviel wie die materialistische Geschichtsauffassung verkehrt, daß das geistige Leben auf die materiellen Verhältnisse rückt, ebensoviel überzeugt sie, daß machtvolle Einzelpersönlichkeiten die materielle wie geistige Entwicklung beeinflussen, ihren Weg hemmen oder fördern und auf den einzelnen Gebieten, momentan in Wissenschaft und Kunst, auch den Inhalt wesentlich mitbestimmen können.

Das braucht Herr Gott nicht zu wissen; es würde ihm in seiner Stellung als Philosoph der vereinigten Scharfmacherverbände sogar sehr hinderlich sein, wenn er von dem etwas verstände, was er allmählich in der Deutschen Arbeitgeberzeitung schreibt. Er will ja die Überlegenheit der "großen Persönlichkeiten" — Goethe, Kant u. s. w. — fest etablieren und die Individualistin meint man — machen, was zu zeigen, daß der Sozialismus, daß die proletarische Gruppenbewegung kein Recht hat, mitzureden, daß sie sich unterscheiden muss denen, die als Herrinnen zu führen der Menschheit befürwortet sind, wenn sie das Recht zum Führeramt auch durch nichts anderes erwerben können, als daß sie auf dem Gelände gehalten sind oder sich auf ihr hinausgegenommen haben.

Zum Schlusse seiner gelehrten Abhandlung meint der siebzehnjährige Philosoph, jeder siezter Sinnbild in die Entwicklung der Sprache werde zu einem Argument gegen die Vertreter der Gleichheitsschule und der materialistischen Geschichtsauffassung; denn die Sprache aller Einzelpersönlichkeiten sei nun einander versiegelt, selbst wenn sie als Kinder derselben Eltern unter völlig gleichen Umständen aufgewachsen seien — der beste Beweis, daß hier nicht durch Stagnation, sondern allein die Macht und das Mitleid der Persönlichkeit maßgebend seien.

Der Philosoph von Scharfmachers Gnaden soll Recht behalten: Sehr leicht hat er in der Ausstellung, im Langleben, in der Stagnation jeder eigene Sprache. Aber wir haben in Deutschland doch gegenwärtig über zwei Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und mehr als drei Millionen als Wähler vereinigte Bürger, die in bezug auf ihre sozialdemokratischen, politischen und geistigen Bedürfnisse ein in die Sprache reden, und zwar mit einer Gewalt und einer Einstimmigkeit, die durch keine Persönlichkeiten in Höhe und Tiefe der Stimme, in der einen schweren oder schweren Ausdrucksweise nicht zu mindern gegeben wird. Und aus der Erfahrung, mit der gewisse Kreise den Widerstand dieser Wahlen entgegensehen, glauben wir folgeren zu können, daß die Macht und das Mitleid dieser Wahlen doch wohl einen größeren Einfluss auf unser wirtschaftliches, politisches und geistiges Leben ausüben könnten, als die Macht und das Mitleid der "Persönlichkeit" — die sich im Gelände einer Handvoll Scharfmachers und ihres Philosophen in der Deutschen Arbeitgeberzeitung offenbart.

Seine große Reform hat nicht darin bestanden, eine neue zu tun, sondern das alte abzuschaffen.

Wer da führt nach dem großen Ziel
Lette am Steuer ruhig fahren,
Schiffsmann, wenn am Ziel
Bob und Tabel hoch ausspielen.

Die größte Freiheit erzeugt nicht so viel Verbrechen wie der Frieden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Verdämmer zu vermeiden und eine geregelte Betriebszeitung zu erhalten, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 27. Juni der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juni bis 4. Juli 1909 fällig ist.

Bedauerlich ist mit dem 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten den neuen Statuten verwiesen wir im allgemeinen auf den Bericht in vorheriger Nummer der Metallarbeiter-Zeitung, welcher alle wichtigen Statutenänderungen enthält. Nur auf drei, in bezug auf die Auszahlung des Werkzeugeldes und der Erwerbslosenunterstützung, wichtige Änderungen sei hier ausdrücklich noch einmal hingewiesen.

1. Verlängerung der Zurückrechnungsfrist von 52 auf 72 Wochen.

Nach § 9 Abs. 1 und 2 und § 8 Abs. 8 des Statuts ist die Zeit innerhalb welcher ein Mitglied die ihm auf Grund seiner Mitgliedschaftsdauer zustehende Höchstsumme erhalten kann, von 52 auf 72 Wochen verlängert worden. Das hat zur Folge, daß alle diejenigen Unterstüzung beziehenden Mitglieder, die am 1. Juli 1909 — 22 Wochen zurückgerechnet — die ihnen zustehende Höchstsumme bereits erhalten haben, aufgesteuert sind und weiteres Werkzeugeld oder Erwerbslosenunterstützung zunächst nicht mehr erhalten dürfen. Die Unterstützungsauflösungen haben daher am 1. Juli, oder zweckmäßigsterweise in der vorausgehenden Woche, die Mitgliedschaft der Unterstützungsempfänger nachzucontrollieren und festzustellen, wieviel Unterstützung das betreffende Mitglied in den 72 zurückliegenden Wochen erhalten hat, ob es aufgesteuert ist, bestehendswise bis 1. Juli aufgesteuert wird. Ergibt sich bei dieser Prüfung des bisherigen Unterstützungsbezugs, daß das unterstützte Mitglied in den 72 zurückliegenden Wochen die ihm zustehende Höchstsumme erhoben hat, so ist dies dem Mitglied unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 9, Abs. 1 und 2, und § 8 Abs. 8 des Statuts mündlich mitzuteilen und dasselbe für aufgesteuert zu erklären.

2. Änderung der Steigerungsfristen.

Was dagegen die veränderten Steigerungsfristen für das Auffinden in eine höhere Unterstützungsklasse anlangt, so ist nochmals darauf hingewiesen, daß alle bereits unterstützungsberechtigten Mitglieder mit Einschluss der etwa momentan aufgesteuerten, in der Unterstützungsklasse bleibend, in der sie sich bei Unterstützungsbeginn des neuen Statuts befinden. Eine Schmälerung der erworbenen Rechte, also eine Zurückversetzung in eine niedere Unterstützungsklasse, findet nicht statt. Die Mitglieder bleiben im Genuss ihrer derzeitigen Unterstützungsstärke, sie rücken nur langsammer als bisher in die nächsthöheren Klassen auf.

3. Ausscheiden mit der Arbeit.

Das zeitweise Ausscheiden mit der Arbeit gilt als Arbeitslosigkeit, wenn dieses Ausscheiden „mindestens drei Arbeitstage in der Woche, im ganzen aber länger als sechs Arbeitstage dauert und nicht Geschäftsinventuren zur Ursache hat.“ (§ 10 Abs. 7 des Statuts.) Nach dieser Bestimmung des Statuts ist es nicht erforderlich, daß das Ausscheiden drei Tage hintereinander in der Woche dauern muss, wenn ein Anspruch auf Unterstützung gegeben sein soll. Jedoch muss das Ausscheiden in jeder neuen Woche mindestens drei Arbeitstage dauern, so daß Mitglieder, die weniger als drei Tage in der Woche ausscheiden, auf Unterstützung keinen Anspruch haben.

Infolge Übernahme der vom Verband projektierten Sicherheitsverträge zur Förderung eines wirklichen Arbeiterschutzes und Verhinderung der Unfallgefahr in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie durch den Kollegen Lauterbach wird die Stelle eines Bezirksleiters frei. Es ist daher im neuerrichteten Agitationsbezirk (mit dem Sitz in Stuttgart) ein

zweiter Bezirksleiter

anzustellen. Diese Stelle wird hiermit zur allgemeinen Bewerbung ausgeschrieben. Als Anstellungstermin ist der 15. Juli vorgesehen. Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Tätigkeit; der Gehalt beträgt für das erste Jahr 2160 M., steigt mit der definitiven Anstellung auf 2280 M. und von da an in den nächsten drei Jahren um je 120 M. jährlich, in den weiteren vier Jahren um je 90 M. bis zum Höchstgehalt von 3000 M.

Zur Bewerbung sind nur Verbandsmitglieder zugelassen. Die Bewerbungsschrift muß Angaben enthalten über das Alter, die Dauer der Mitgliedschaft und die seitherige Tätigkeit des Bewerbers in der Arbeiterbewegung, sowie ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand.

Als Prüfungskommission nach § 81 Abs. 4 des Statuts fungiert die Bezirkskommission. Bewerbungen sind in geschlossenem Briefumschlag mit der Aufschrift "Bezirksleiter" versehen, spätestens bis zum 8. Juli dieses Jahres an die Adresse der Bezirksleitung:

L. Vorhölzer, Stuttgart, Reinsburgstraße 142,

zu richten.

Die Geschäftsführer und Bevollmächtigten werden darauf aufmerksam gemacht, daß ein Übertritt der vom Österreichischen Metallarbeiter-Verband abgesplitteten tschechischböhmischen Metallarbeiter in den Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht erfolgen kann. Mitglieder des "Verbands tschechischer Metallarbeiter" sind in Deutschland als nichtorganisierte zu behandeln.

Allgemeinen Wünschen der Mitglieder folgend, hat der Vorstand beschlossen, mit 1. Juli 1909 die Beitragsmarken in anderer als der bisher geführten Farbe auszugeben. Die Beitragsmarken für männliche Mitglieder mit dem Zahlensatz 60, 65, 70, 75 und 80 sowie die Marken für weibliche Mitglieder mit dem Aufdruck 25, 30 und 35, sind nur noch bis Ende Juni 1909 — und für die bis dahin zu begleichenden Beitragsstrecken — und es sind die nach Begleichung der 26. Woche noch vorhandenen alten Quittungsmarken an die Hauptpost zu rücksenden.

Der befreite Kontrolle wegen bitten wir jedoch, die betreffenden Marken nicht den Belegen zu den Abrechnungen für das zweite Quartal beizulegen, sondern als besondere Sendung unter genauer Angabe der Streckenzahl nach hier zurückzuführen.

Die Marken für jugendliche sowie für invalide Mitglieder werden nach wie vor verwendet, da diese Marken erst seit kurzem eingeführt worden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatutes gefestigt:

Der Verwaltungsstelle Kosten 5 % pro Woche und Mitglied.

Der Verwaltungsstelle Betriebs 5 % pro Woche und Mitglied.

Die Rückerstattung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leipzig:

Der Schlesier Otto Ritterlose, geb. am 26. Dezember 1887 zu Schorlau, Lit. A. Buch-Nr. 194633, wegen Schädigung der Verbandsmitglieder. (26)

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Görlitz:

Der Formier D. Schmid Görlitz, geb. am 14. Dezember 1864 zu Görlitz, Buch-Nr. 907678, wegen Säuberung der Betriebsmittel.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Görlitz:

Der Klempner Grp. Hausemann, geb. am 12. August 1878 zu Görlitz; der Klempner Georg Rühne, geb. am 31. Mai 1878 zu Berlin; der Websticker Wilh. Ahnesfeld, geb. am 26. Mai 1889 zu Witten, sämtliche wegen Unterschlagung.

Nicht aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dresden:

Der Gärtn. Paul Kuhnscher, geb. am 20. Juli 1878 zu Dresden; der Schlosser F. Bindner, geb. am 28. Mai 1889 zu Elsterau.

Öffentlich gerügt werden:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Berlin:

Der Schlosser Rich. Wusse, geb. am 18. Juni 1880 zu Lengen, Buch-Nr. 544555; der Schlosser Heinr. Seibel, geb. am 20. Oktober 1874 zu Gr. Cölln, Buch-Nr. 988978; der Schlosser Karl Schwarz, geb. am 11. November 1878 zu Wangen, Buch-Nr. 280118; sämtliche wegen Verstoß gegen die Verbandsinteressen.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Mittweida:

Der Gärtn. Osk. Hartwig, geb. am 9. März 1887 zu Wittenau, Buch-Nr. 769008, wegen unkollegalem Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Greiz:

Der Dreher Erich Wallers, geb. am 7. zu Pleß in Schlesien, Buch-Nr. 7, wegen Denunziation und unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln:

Der Webler Karl Selb, geb. am 5. September 1882 zu Viersen, Buch-Nr. 107501, wegen Betrug.

Einzuhalten und an den Vorstand einzufinden ist behufs Richtigstellung:

Mitgliedebuch Nr. 716459, lautend auf Formier Hermann Wilhelm, geb. am 28. Juni 1875 zu Eilenburg, eingetreten am 20. Aug. 1894 zu Schönebeck.

Gestohlen ist:

Lit. A. Buch-Nr. 425885, lautend auf Schlosser Paul Löbner geb. am 15. November 1891 zu Markranstädt (Leipzig).

Lit. A. Buch-Nr. 78627, lautend auf den Hilfsarbeiter Gust. Ad. Kunzmann, geb. am 4. Mai 1884 zu Eisingen. Das Buch soll im Besitz des Mechanikers Rudolf Scheele (zurzeit in Dresden) sein (Pforzheim).

Die Reisegeldauszahler werden dringend darauf hingewiesen, bei der Auszahlung von Unterstützung stets die Unterschrift in dem Buch mit der auf der Quittung zu vergleichen und in Zweifelsfällen weitere Legitimation zu verlangen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 18a zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerkern, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruss Der Vorstand.

Zur Beachtung! + Buzug ist fernzuhalten:

von Drahtwebern und Schlossern nach Mühlhausen i. Els. (Fa. Michel-Als.);

von Blechern und Installatoren nach Münster i. Els. (Firma Stembrenner & Sons) D.;

von Formiera., Eisengießereiarbeitern und Kermachern nach Norden (alle Betriebe) D.; nach Bochum-Witten (Welt-Stahlwerke) D.; nach Frankfurt a. M. (Fa. Bülow & Neidhardt) St.; nach Schwab. Gmünd (Firma Rits & Schweizer) D.; nach Neuß bei Düsseldorf (Fa. Hammann & Co.) D.; nach Stettin-Börnsen (Fa. Wührer) D.; nach Stocum (Stahlw.) M.; nach Langenselk (Fa. F. Fricle) St.;

von Heizungsmechanikern und Rohrlegern nach Danzig, L.;

von Justizialisten nach Blankenburg, L.; nach Hannover, St.;

von Instrumentenmachern und Vandagisten nach Posen (Fa. Kosznowski) D.;

von Klempnern nach Dessau (Gasbadeofens. Juncker & Co.) M.;

nach Waldheim i. Sa. (Fa. Kühlrich) St.;

von Klempnern (Ban.) nach Berlin D.; nach Blankenburg L.;

nach Danzig, L.; nach Hamburg, U.; nach Hannover St.;

nach Siegen, L.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Cannstatt (elektrische Abteilung der Maschinenfabrik Esslingen) M.; nach Delmenhorst (Eisenleumwerke Schlüsselwerke) St.; nach Dortmund (Fa. Hösch, Eisen- und Stahlwerk) M.; nach Gmünd (Schwab.) D.; nach Bayreuth (Firma Kirchberger) M.; nach Helmstedt, St.; nach Nade vorw. Wald-Vergerhof (Fa. E. G. St.);

nach Salzwedel (Fa. G. L. Kleibloß, Landwirtschaftl. Maschinenfabrik) M.; nach Wien XII (Firma Alfa-Separator, Blechwaren- und Vollereimachinenfabrik) U.; nach Waltershausen (Gummifabrik) St.; nach Würzburg (Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen normals. Gebr. Bürgbaum) D.;

von Metalldrüster nach Hannover, St.; nach Sonders, Kreis Ainsberg (Fa. A. Brumberg) St.;

von Schleifern nach Pforzheim (Bestechfabrik) M.;

von Schlossern (Bau- und Kunst-) nach Hamburg, L.; nach Mannheim, L.; nach Straßburg, L.;

von Walzwerkarbeitern (besonders Walzen und Drahtwalzen) nach Wombach i. Roth. (Krombacher Hütte) D.;

von Zingernern nach München, St.

(Die mit L. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn oder Tarifbewegung; A.: Ausprägung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; U.: Misstände; St.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Aussätze in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, sollte man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.**Formier.**

Wiesenburg. In Differenzen befinden sich hier fast längst seit die Formier der Firma D. Henric & Co. Die Sitzung der Firma giebt, die schlechte Konjunktur entkräften zu können, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Formier herabzudrücken, denn vor nicht allzulanger Zeit hatte sie den Schmiedern D. H. pro Stunde abgezogen. Allerdings nur auf ein Vierteljahr, jedenfalls um zu sehen, ob die Formier sich das gesellen lassen, um nachher die Reduzierung fortsetzen zu können. Die Werkbands, die in Bezug auf Ventilation u. s. w. bestehen, sind derartig, daß wir zur Entwicklung zweier Spalten des Blattes in Kontrast nehmen möchten, wenn alles ausgeschöpft werden sollte; wie beginnen uns deshalb mit den Prothesen. Lieber der neuen Sicherheit befindet sich das Holzklager; die Ventilationssicherung besteht aus Tür und Fenster. Wie wir hören, soll wegen Feuergefahr nur gesamt, nicht aber geslossen werden, aber was nimmt das die Fabrikleitung? Seit Jahren wird darin gespofft, unverhüllt um die Feuergefahr wegen der dicht neben der Bude stehenden Wohnhäuser. Die Kundenfamilie, die sich in der Bude befindet, verursacht beim Gebrauch eine große Staubbildung, so daß sie eine Gefahr für die Gesundheit der dort Beschäftigten bedeutet. Im Sommer mag das noch gehen, da können Tür und Fenster ausgemacht werden, aber im Winter, wo das nicht geschehen kann, müssen die Kollegen den ganzen Staub ertragen. Das es an Licht mangelt, sei nur der Ergänzung wegen erwidert, im Winter auch immer Licht gekannt werden. Die Bedeutung besteht aus Petroleum- und Gasololampen, die einen fast nicht zu ertragenden Gestank verbreiten. In der Gießerei befindet sich auch eine Aufbewahrungsstelle für die Formmassen; diese verbreitet im Sommer einen üblen Geruch wie eine Ölfüngergrube. Mangel an Hilfsarbeitern ist fast immer vorhanden, so daß die Formier das Material, Auszetteln u. s. w. allein machen müssen. Entschädigung hierfür gibt es nicht. Da die Behandlung zu willischen übrig läßt, muß ebenfalls gefragt werden. Es wäre für die Gewerbeinspektion eine dankenswerte Aufgabe, die angeführten Umstände gründlich zu untersuchen und auf Hilfe zu dringen. Die zurechtenden Kollegen aber ersuchen wir, sich die Bude von außen anzusehen.

Schwerin i. M. In der Eisengießerei der Firma A. C. Braucht-Söhne haben sich Zustände herausgebildet, die für die dort beschäftigten Formier anfangen, unerträglich zu werden. So ist ein längerer, in einem halben Jahr angelernter Arbeiter als Kermacher beschäftigt. Schlechte Kerne sind keine Seltenheit, aber der durch diese verursachte Ausfall wird einfach nicht bezahlt; die Schuld hat eben der Formier. Ebenso geht es, wenn das Eisen, das in einem Dampfstrohlosen geschmolzen wird und meistens matt ist, schwärzigen Gus gibt. Der Guß wandert auf den Bruchhaufen und der Formier hat umsonst gearbeitet, auch wenn die ganze Arbeit nach den Angaben und unter Leitung des Meisters gemacht ist. Ein Werkzeug und Material ist ein derartiger Mangel, daß die Formier oft lange warten müssen, bis sie Modellstand oder ein Sieb bekommen. Fremde Kollegen, die um Arbeit anfragen, werden auch stets eingestellt, aber ein Stück Werkzeug erhalten sie nicht, das müssen sie sich suchen. Es geht deshalb auch wie in einem Laubenschlag ein und aus. Hammer, Sieb, Handfeger sind gemeinschaftlich zu benutzen. Kosten verbrauchen muss der Formier natürlich selbst. Das ist auch nicht so einfach, denn hat der Kollege glücklich einen Kasten erwirtschaft, so fehlt es wieder an Holz. Man geht also zum Meister, wird von diesem zum Eischner geschickt, ist aber dann wiederlich auf dem "Holzweg", denn der hat meistens auch nichts. Während der "Holzwurm" in die Stadt geht und ein paar Bretter holt, kann der Formier Etagen fangen. Zwei Hilfsarbeiter sind wohl vorhanden, aber sie sind in der Gießerei selten zu haben; sie werden in der Schlosserei beschäftigt oder in die Stadt geschickt. Ihr Arbeit müssen die Formier mitnehmen. Beschweren sie sich, wenn dadurch kein auskömmlicher Verdienst zu erzielen ist, so erklärt der Meister, er könne nichts ändern und der Herr Chef brillt die Kollegen an, als ob sie auf beiden Ohren taub wären. Die Akkordpreise werden mit dem Meister vereinbart, aber — am Sonntag, also wenn die Arbeit fertig ist! Ist dem Formier der Preis für einen Artikel zu niedrig, dann heißt es: Das hat es früher auch gegeben. Das mag stimmen, für manche Arbeiten gibt es dasselbe wie vor 20 Jahren. Ob sich aber ein Arbeiter heute noch bei demselben Verdienst fett essen kann, mit dem er vor 20 Jahren auskommen konnte, ist eine andere Frage. jedenfalls liegen die Dinge bei der Firma Brandt so, daß eine Besserung der Verhältnisse dringend nötig ist. Es wäre vielleicht auch für das Unternehmen kein Schaden, wenn man dies an maßgebender Stelle beitreten möchte.

Hüttenarbeiter.

Dortmund. Die Arbeiter in den drei Riesenbetrieben des Dortmunder Bezirks setzen sich endlich zur Wehr gegen die fortwährenden Drangsalierungen und Maßregelungen durch die Hüttenherren. Dem Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schlossen sich alle in Betrieb kommenden Arbeiterorganisationen an: der christliche Metallarbeiterverband, der Christ-Dönderische Gewerbeverein, die politische Verfsbvereinigung, der Zentralverband der Maschinen- und Heizer, der Zentralverband der Maurer, der Verbund christlicher Bauhandwerker und der Centralverband der Hüttenarbeiter. Einmütig wurde über das Eisen- und Stahlwerk Hösch die Sperrre verhängt. Außer den Arbeitern des gesperrten Werkes nahmen auch die des "Böhring" in Hördel und der "Union" in außergewöhnlich gut besuchten Versammlungen zu der Angekündigten Stellung. Die Versammlungen zeigten durch ihren Beifall und die in ihnen herrschende Stimmung, daß die Verhältnisse in den Hüttenwerken mit Macht zu einem einzigen Vorgehen gegen die Kapitalsübermacht hindringen. Es zeigte sich überaus klar, daß die Arbeiter die Eintigung wollen und daß die Stadtrechte in der Arbeiterbewegung in Zukunft keinen Anhang finden werden. In den Versammlungen wurde von den Rednern der in Betrieb kommenden Organisationen die Entwicklung der Verhältnisse besprochen. Es sei unerhört, daß war der Grundton, daß die großen Hüttenwerke, die für sich allein bereits starke Assoziationen darstellen und außerdem noch in mächtigen Unternehmern verbünden und Kartelle organisiert seien, "ihren" Arbeitern die Organisation verbieten wollten. Das dürften sich die Hüttenarbeiter unter keinen Umständen mehr gefallen lassen. Die Behandlung auf den großen Werken ist menschenunwürdig. Jungen lernen auch unter der Schuhverordnung nicht. Mit rohen Schlägen werden die schwer arbeitenden Hüttenarbeiter überdies schwer beleidigt. Die Maßregelungen hantieren und läßt sie nicht weiter gehen. Wenn alle Hüttenarbeiter einig zusammengingen, dann könnte man auch dem Hüttenkapital die Macht der Arbeiter zeigen. Selbst würden sich die Direktoren und Betriebsführer nicht mit den Jungen an die Oferen und Balzen stellen. Und siehe da: die Sperrre ist nicht ihr Gutes. Die Behandlung der Arbeiter bestätigte sie. Außerdem sah die Verhängung des Werkes veranlaßt, die Preise in Anspruch zu nehmen und sich möglichst "rein" zu waschen. In der nationalsozialistischen Zeitung und in dem "importierten" Generalanzeiger noch eine Notiz, wonach die Verhängung erklärt haben soll, daß sie keinen Unterschied zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern mache. Diese Behauptung zeigt doch, daß die Firma Hösch so glaubt, welche Arbeitnehmer sie besser ausnutzen kann. Hierzu und späteren Maßnahmen drängen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird es auch nicht gelingen, mit dem Gespenst der Sozialdemokratie die Hüttenarbeiter zu entzweit. Die Seiten sind darüber auf immermer. Von den Kampfmitteln der Arbeiter und von dem Unterschied zwischen Stiel und Sperrre scheint die Verhängung des Eisen- und Stahlwerks Hösch gar keine Rührung zu haben. Unbedingt arbeiten auch unter der Sperrre die Arbeiter nicht ruhig weiter, sondern alle 14 Tage lehrt ein Trupp. Deutet ab, die hier hüttenkapitalistischen Segnungen überflüssig werden und in anderen Berufen für den Sommer unterspielt werden. Die Firma fühlt sich ja auch in der Erfüllung recht unsicher. Man weiß nicht, was noch werden mag. Die Maßregelungen lassen sich nicht durch "kategorisches" Diktum wegdrücken, sie sind von den betreffenden Arbeitern recht deutlich empfunden worden. Der Schlaf des Artikels in der Deutschen Arbeiterzeitung läßt erkennen, daß den Hüttenherren die Gefährlichkeit der Lage recht wohl bekannt ist. Um so verantwortlicher ist das brutale und provozierende Vorgehen der Herren. Die "Beschränkung" der Unternehmer, daß bei sich besserner Konjunktur größere Arbeiterbewegungen im Ruhrbezirk bevorstehen, könnte leicht in Erfüllung gehen, wenn die Unternehmer das Werk an Verhängung der Arbeiter durchaus zum Überlaufen bringen wollen. Dem Berliner Unternehmermarkt, das so rasch bei der Hand ist mit der durch die Firma Hösch erfolgten kategorischen Ablehnung der stattdeswegen Maßregelungen, möchten wir eine kleine Erinnerung unter die Nasen reiben. Wenn die Firma Hösch maßregelt, so hat sie sich als ehrliche Schillerin ihres "Centralblattes" erweisen. Als in der Metallarbeiter-Betzung ein Walzwerkarbeiter sich über das Kampfmittel der passiven Ressenz aufzuhören, stellte der Berliner Scharfmacherblatt sofort mit aller Wut über den Artikel her und empfahl den Unternehmern der Hüttenindustrie schleunigst und direkt — Maßregelungen der Arbeiterbevölkerung. Es steht in dem Artikel des Unternehmerblattes: "Man wird ferner alle Arbeitsordnungen darauf zu prüfen haben, insbesondere sie von den auf Schädigung und Belästigung der Unternehmer ausgehenden Gedanken ausgebaut werden können. Diese Mittel aber bleiben natürlich erfolglos, wenn sie nicht durch den einmütigen Zusammenschluß aller Arbeitgeber und durch eine sehr energische und zeitige Wehrpolitik unterstützt werden. Wie vorstichtig man auch alle Bestimmungen absaft, die Bosheit und Hinterlist werden es immer verstehen, aus der Wohlstat eine Plage zu machen; daher ist die elnige Stadtkultur, durch die man den in Frage kommenden Anstellungen begegnen kann, ein rücksichtloser Kampf gegen die festen Drahtzieher, die dem offenen Kampf aus dem Wege gehen möchten, dafür aber in den Betrieben und Werkstätten der passiven Ressenz das Wort reden. Diese Kampfmethode, die nicht so einfach ist, wie der offene Streit, bedingt persönliche Unterweisung und Direktiv. Es werden besonders überzeugungstreue und intelligente Genossen über die einzelnen Werkplätze verteilt werden, denen die Übrichtung ihrer weniger fähigen Arbeitskollegen obliegt. Von solchen 'Vertrauensmännern' gefährlichster Sorte wird man die Betriebe reinzuhalten haben." — Dieser Notiz hätte sich das Berliner Blatt wohl gut erinnern können. Die Abteilung der Maßregelungen ist ein lächelndes Mandat, weiter nichts, wie ja auch der Wolf einst rührte, daß er einem Lamm, das ihm beigegeben sei, "nicht getan" habe. Indes war dies just zu der Zeit, als dem Wolf noch der Knochen vom legitimen Frack im Rücken stan. Die Arbeiter selbst sind der Sache rasch auf den Grund gegangen. Gefüllt auf die Pressenotizen schickten die Organisationen an die Verhängung der Firma Hösch folgendes Schreiben: "Dortmund, 27. Mai 1909. An die Firma Hösch, Dortmund. Wie Ihnen bereits bekannt sein dürfte, haben die in Frage kommenden Organisationen über Ihre Firma die Sperrre verhängt, weil fortgesetzte Arbeiten wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen sind. Es befindet sich nun in der Dortmunder Zeitung vom 19. Mai eine Notiz, wonach die Verhängung erläutert haben soll, daß ihr von der Entlassung von Arbeitern wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation nichts bekannt sei, und am Schluß dieser Notiz heißt es: 'Hoffentlich erfolgt baldige Klarstellung.' Dann befindet sich am 24. Mai im Generalanzeiger noch eine Notiz, wonach die Verhängung erklärt haben soll, daß sie keinen Unterschied zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern mache. Die in Frage kommenden Organisationen haben nur die Auffassung, daß Sie nicht richtig informiert sind und es demnach sehr zweckmäßig wäre, wenn volle Klarheit geschaffen würde, wogegen die in Frage kommenden Organisationen jederzeit bereit sind." Darauf ist eine Antwort überhaupt nicht eingegangen. Es ist damit klar bewiesen, daß auch die Leitung des Werkes von der Sachlage unterrichtet war und die Handlungen ihrer Beamten deckte und daß die Pressenotizen den Zweck der Erfüllung verfolgten. Die Arbeiter des Werkes nahmen dann am 11. und 12. Juni in zwei überfüllten Versammlungen die Sachlage Stellung. Die Maßnahmen der Firma, womit diese ihre mäßliche Lage verdecken wollte, wurden besprochen und viel besagt. Die Organisationen waren genau unterrichtet, sie wußten, daß bei Hösch jetzt schon Arbeitermangel herrsche und daß es der Firma gar nicht so schief zu Mute sei. Auch durch Strafanträge an die Sperrre ließen sich die Arbeiter sicher nicht abhalten. Die beiden Werkspolizisten, die jetzt zur Bewachung der Räume vor dem Werkstor standen, konnten die Polizisten vor dem Werkstor vor dem Werkstor nicht kommen, denn sie waren vollständig entbebtet. Es am der Straße an der Union ein Kollege einen kleinen gestrichen Zettel mit der Mitteilung von der Sperrre habe anliegen wollen, setzt er vom Bottler und vom Polizisten des Werks am Kragen genommen worden. Der Kollege riß sich los und lief fort. Danach habe der Polizist zwei Revolverschläge auf den Weglaufenden abgegeben. Entbebt wurde gestraft, ob das Ankleben eines kleinen Zettels ein so schweres Verbrechen sei, das eventuell deswegen ein Todesstrafe drohen würde? Der Fall spricht Bände für das jetzt noch in den Hüttenwerken herrschende Elends. Die Arbeiter des Werkes kontakten, daß die Verhängung bei Hösch infolge der Sperrre schon jetzt schon gegeben habe, indes wurde mit voller Einmütigkeit zum Verharren im Kampf aufgefordert, bis das Eisen- und Stahlwerk Hösch den Organisationen bindende Erfordernisse

Wiederholung und dem Qualitäts-Metallarbeiter-Bericht über die Beendigung des Bauanschlägerberufes zu verhindern. Wie wichtig dieser Tarifvertrag für die Kollegen ist, kann man nur ungefähr vorstellen, wenn man berücksichtigt, daß nicht weniger als 207 Kollegen (das heißt 207 verschiedene Betriebe) in diesem Bericht vorgesehen sind und für jede Position ein Preis festgelegt ist. Das kommt ein gewöhnliches Ende Arbeit von der Kommission des Unternehmens sowie als bei der Arbeit geplattet wurde, wird jeder zugestanden müssen. Wenn nun auch 1908 nicht alle Kollegen mit der tariflich festgesetzten Vergütung verbliebenen Arbeitsergebnissen, so war doch eine Weisungsfreiheit der Arbeitspreise erreicht. Die Unternehmer müssten diese Preise pagieren und somit war den Arbeitern gleiche Vergütung für ihre Arbeit garantiert. Bei welchen Unternehmen nicht in Arbeit standen. Der Tarifvertrag hatte bis zum Ende (bis zum 31. März 1908) Gültigkeit und er mußte nunmehr laut Vereinbarung sechs Monate vorher gekündigt werden. Kündigung von keiner Seite gekündigt, galt es sie ein weiteres Jahr. Der erste Kündigungstermin (Oktober 1907) wurde von keiner Seite benutzt, deshalb dauerte das Tarifverhältnis bis zum 31. März dieses Jahres. Die schlechte Konjunktur im Baugewerbe und der Umstand, daß sich die Unternehmer eine neue Organisation (Schwabedank Berliner Schlosserstern und verbundene Gewerbe) geschaffen hatten, erwischte bei diesen den Glauben, daß jetzt die richtige Zeit gekommen sei, eine Verstärkung der tariflichen Arbeitspreise herzuführen zu können. Während eine Versammlung der Bauanschläger am 27. September vorigen Jahres beschlossen hatte, den Tarif nicht zu kündigen, erhielten wir einen Tag später ein vom 28. September 1908 datiertes Schreiben der Schlosserinnung Berlin, in dem der Vohntarif über Bauanschlägerarbeiten vom 1. April 1908, „verbindlich zwischen der Meisterkommission der Schlosserinnung zu Berlin sowie dem Verband Berliner Schlosserstern und verbundener Gewerbe und der Kommission der Bauanschläger des Deutschen Metallarbeiter-Berandes sowie der Kommission des Vereins der Bauanschläger Berlins und Umgegend“ zum 1. April 1909 gekündigt wurde. Die Mündigkeit der Unternehmer war es eben, den Tarif für die Arbeiter zu verschlechtern. Das beweist ein Brief des Vorstandes der Schlosserinnung unter dem 7. November vorigen Jahres an seine Mitglieder verfaßt hatte. Dieses Brief steht: „Der Vohntarif, den die Berliner Schlosserinnung und der Verband Berliner Schlosserstern und verbundener Gewerbe mit den Bauanschlägern Berlins und der Vororte vereinbart hat, läuft am 31. März 1909 ab und ist beschlossen worden, einen neuen Tarif auf Grundlage von tollkühnerwerter präziser Hoffnung und von längster Zeitdauer zu vereinbaren. Wir ersuchen deshalb, laut Generalversammlungsbeschuß, die Herren Kollegen um ihre geäußerte Mitarbeit auf Grund der Erfahrungen, die sie in den letzten Jahren mit dem Vohntarif gemacht haben, beziehungsweise Veränderungsvorschläge zu machen und an den Unterzeichner am Ende November zu senden.“ Den Wunsch an „gesetzlichen Mitarbeiter zu haben, die Unternehmer zielvoll verstanden. Die Bauanschläger nahmen zunächst eine abwartende Haltung ein. Eine Versammlung, die am 1. Oktober vorigen Jahres abgehalten wurde, beschloß nach eingehender Diskussion, die Ortsvertretung in Verbindung mit der Agitationskommission zu beauftragen, in geeigneter Weise mit den Unternehmern Verhandlungen einzuleiten, um zu erfahren, welche Gründe die Unternehmer veranlaßt haben, den Tarif zu kündigen. Auf das diesbezügliche Schreiben an den Innungs-Vorstand erhielten wir Ende November (sieben Wochen später) eine Antwort, daß die Unternehmer bereit seien, mit uns zu verhandeln, jedoch könnte dieses erst nach dem 15. Januar 1909 geschehen, da in der ersten Hälfte des Januar noch eine Versammlung der Unternehmer fand mit der Tarifangelegenheit beschäftigt werden. So wog die Möglichkeit einer Verhandlung gegeben, wenn diese auch noch in weiter Ferne war. Schließlich der Januar verging, und erst nach einem weiteren Schreiben von uns war es möglich, am 1. März dieses Jahres die Verhandlungen zu beginnen. Da teilten uns die Unternehmer aus mit, daß sie gezierten würden, verschiedene Kreise für Anschlägerarbeiten zu „regulieren“, damit Unregelmäßigkeiten beseitigt würden. Doch über diese „Regulierung“ in der Tat eine Bedeutung war, kann man aus folgendem ersehen: Arbeiteten, für die noch dem bisherigen Tarif 1. Kl. bezahlt wurde, sollten in Zukunft 75 % losen. Weitere Preise sollten von 1.75 M. auf 1.25 M., von 2.50 auf 2 M., von 3 auf 2.25 M., von 2.75 auf 2.10 M. von 2.10 auf 1.90 M. reduziert werden. Bei einer Regulierung kann man aber doch auch verlangen, daß etwaige Raritäten auf der einen Seite durch Vororte auf der anderen Seite wieder ausgeglichen werden. Doch davon war hier keine Rede. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten deshalb in der ersten Sitzung, daß sie diese Vorlage ihren Kollegen unterbreiten und in einer neuen Sitzung den Unternehmern vorstellen würden. Am 3. März wurde in einer Versammlung der Kollegen die Vorlage der Unternehmer abgelehnt und während die Begründung der Unternehmer mitgeteilt. In der Diskussion wurden von allen Rednern die Abnehmer des Unternehmers zuläufiger und ihre Vorlage stürzte abgelehnt. In einer Resolution wurde erklärt, daß der Vorhaben der Unternehmer sei darauf gerichtet, die bisherigen Arbeitspreise zu reduzieren. Da aber die Preise für die einzelnen Arbeiten schon im Jahre 1906 bei Abschließung des gegenwärtigen Tarifs in mindestens 20 % gesenkt wurden, so könne die Verhandlung einer Verstärkung der Arbeitspreise nicht zulassen. Die Befürwortung der Kommission der Volkssolidarität, den Unternehmern diese Arbeitspreis anzutun. Hierzu wurde die Kommission beansprucht, die Verhandlungen mit den Unternehmern in der Weise zu pflegen, daß eine Verstärkung des Tarifs aufzuhören kommt. Am 17. März fand nun wieder eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, die aber mit dem vorher Dauer war. Auf die Sorge des Oberbaudirektors, welche Einstellung die Arbeitnehmer zu der neuen Tarifvorschlag eingenommen, wurde ihm geantwortet, daß eine Verhandlung auf Grund dieser Vorlage zwecklos sei, da wir jede Verstärkung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnen. Damals sagten wir, die Unternehmer zu einer Verhandlung aufzufordern, nach dieser sollten sie, durch die Erhöhung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer, eine kleinere Verstärkung der Arbeitsbedingungen ja zu gestatten, da wir keine „Arbeitsverhinderung“ meinten, ja und es war zu einem ersten Schritt in den Bauanschlägerarbeiten zu kommen. Diesen Vorschlag wurde die Kommission der Arbeitnehmer energisch zurückgewiesen. Sie schrieb die Sorge des Oberbaudirektors, welche Einstellung die Arbeitnehmer zu der neuen Tarifvorschlag eingenommen, wurde ihm geantwortet, daß eine Verhandlung auf Grund dieser Vorlage zwecklos sei, da wir jede Verstärkung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnen. Damals sagten wir, die Unternehmer zu einer Verhandlung aufzufordern, nach dieser sollten sie, durch die Erhöhung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer, eine kleinere Verstärkung der Arbeitsbedingungen ja zu gestatten, da wir keine „Arbeitsverhinderung“ meinten, ja und es war zu einem ersten Schritt in den Bauanschlägerarbeiten zu kommen. Diese Unternehmer wollten aber ihrer Sache handgreifen. Das Berliner Schlosseramt erklärte sich bereit, die Sorge zu übernehmen, der Schlosserinnung der Berliner Schlosserstern und verbundener Gewerbe keine oder ab, kein zu erheben. Da den Schlossern, daß er es das Schlosseramt rückte, heißt es, die Unternehmer keinen Verhandlungen hat den Vorschlag abgelehnt, da der Berliner Schlosserstern und der Betrieb der Bauanschläger Berlins durch ihre Kommissionen die ihnen angebotenen kleinen Verhandlungen abgelehnt hatten. Weiter wurde darum verlangt, daß aus einer Abschaffung der bisherigen Preise folgent, daß die Arbeitnehmer nicht mehr die alte alte Form. Einige Bauanschläger hätten die Unternehmer nichts befürchtet, da je nicht in möglichem Verhältnis zu den dafür geforderten Arbeitern beziehungsweise zu erhaltenen Arbeitern. Sie hätten aber aus den Standpunkten erachtet, daß die Unternehmer die die Arbeit zu begegnen — unzureichende Ausbildung. Heute die Sorgenlosigkeit hätte sie den Arbeitern ausreichende Verhandlungen in dem Sinne erachtet, daß sie in diese Richtung zu eingeschränkten Schätzungen und Ausschreibungen kam. Die Sorgenlosigkeit in dem Schreiben, daß was zu kleinen Schätzungen und Ausschreibungen kommt sei, war offenbar nur, daß sie bei den Verhandlungen davon nicht

gewusst, um diesen Schätzungen wie oder auch der letzte Bericht, die Differenz in tatsächlicher Weise beobachten, als gescheitert zu betrachten; ein Kampf war nun unvermeidlich, wenn die Unternehmer Verhandlungen vornehmen. In der am 1. April abgehaltenen, den alten 900 Kollegen besuchten Versammlung der Bauanschläger beschloß Stolze, daß es über die Situation. Gegenüber den Beschlüssen der Unternehmer steht Hande fest, daß nicht die Arbeit, sondern die Unternehmer am 17. März die Verhandlungen abgebrochen, die Arbeitnehmer aber stets bestellt hätten, daß sie zu Verhandlungen bereit seien. Das es aber den Unternehmern in der Tat von einer Abschaffung zu tun ist, bestätigte ein verbliebener Schreiber, daß die Schreiber nicht der Arbeitgeber. Ob und wann es familiären Schlossersternen angehört habe. Dieses Schreiben vom 30. März lautet: „Nachdem der bis Ende dieses Monats laufende Tarifvertrag gekündigt worden war, legte die Meisterkommission den Kommissionen der Ansäger einen neuen Entwurf vor. In der gemeinsamen Sitzung vom 17. März erklärten aber die Vertreter der Arbeitnehmer, daß sie auf Grund des von der Meisterkommission aufgestellten Tarifentwurfs nicht in die ihnen angebotenen Verhandlungen einzutreten könnten. Da diese hierdurch bis auf weiteres als abgebrochen zu betrachten sind, beschloß gestern eine erweiterte Meisterkommission, vom 1. April an die Sitzungen um 10 Prozent höher zu setzen, damit die Arbeitnehmer die Arbeitgeber anlässlich und dringend, diesen Beschuß in Ihrem Betrieb fristig innzuhalten. Wir bemerkten noch, daß angesangene Fenster und Türen zu den höheren Bedingungen fertiggestellt werden müssen.“ Schließlich ließt hingegen durch dieses Schreiben sei außerdem bewiesen, daß nicht eine Unternehmerversammlung, sondern die Leitung der Arbeitgebervereinigung beschlossen hätte, einen Abzug an den bisherigen Preisen vorzunehmen. Danach sei anzunehmen, daß nicht alle Unternehmer mit den Handlungen der erweiterten Meisterkommission einverstanden seien, beshalb würde es sich empfehlen, vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen und nur dort Maßnahmen zu treffen, wo die Abalge den Kollegen angeboten worden sind. Diese Meinung habe auch die Verhandlungs-Kommission. Die Kommission habe Maßnahmen getroffen, die eine genaue Kontrolle über alle Lohnvergleichungen ermöglichen. Eine allgemeine Angriffsstafette, auch bei den Firmen, die eine Verschlechterung nicht angeboten haben, ist nicht zweckmäßig. Die Arbeitnehmer hätten ein Interesse an der Erhaltung des Friedens im Gewerbe. Wenn sie zu einer Abwehrbewegung gezwungen würden, um die bisherigen Löhne aufrecht zu erhalten, so trüge die Unternehmer doch die Verantwortung. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern beantragt, daß ein Angriffsstafette unternommen werde in der Weise, daß überall dort, wo die Unternehmer den alten, jetzt abgelaufenen Tarif nicht unterschließlich anerkannt haben, die Arbeit niedergelegt werde. Dieser Antrag wurde jedoch von anderen Diskussionsrednern verworfen. Es konnte nicht darauf an, den Tarif zu erneuern, sondern man wolle mit den Unternehmern über eine Verbesserung des alten Tarifs verhandeln. Nach lebhafter Debatte wurde unter Ablehnung der weitergehenden Anträge folgende vom Referenten empfohlene Resolution angenommen: „Die am 1. April abgeholte Versammlung der Bauanschläger verpflichtet sich, jedes Angebot der Unternehmer, das dahin geht, die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, sofort an jährländiger Stelle zu melden. Bei den Firmen, bei denen eine derartige Verschlechterung angeboten wird, muß auf dem schnellsten Wege eine Besprechung der Arbeitnehmer kommen, um die Arbeitnehmer den 10prozentigen Abzug den Kollegen nicht angeboten. Verschiedene Unternehmer machten am 2. April bei der Lohnauszahlung den Verlust, der Beifall der Meisterkommission in die Tat umzusetzen. Nachdem ihnen klar gemacht worden war, daß die Arbeit niedergelegt würde, wenn irgend welche Maßnahmen erfolgten, wurden die alten Preise weiter gezeigt. Schließlich bei 8 Firmen, die 120 Bauanschläger beschäftigten, waren diese geduldig, in den Streik zu treten. In der Versammlung der Streitenden am 4. April meldeten sich noch weitere 33 streitende Kollegen; die Zahl der abzweigenden Firmen hatte sich nun mehr vermehrt, so daß 153 Bauanschläger bei 10 Firmen sich im Streik befinden. Dieses hatten die Unternehmer nicht vermutet. Deshalb wurde ein weiteres Rundschreiben an die Unternehmer gefaßt, wonach diese normale an ihre Firma, den Lohn herabzuziehen, erinnert und ermutigt wurden, sowohl für die Tarifpreise noch nicht herabgesetzt hätten, dies unverzüglich nachzuholen. Ansjäger, die zu den herabgesetzten Preisen nicht arbeiten wollten, sind sofort an entlassen und bei der Dienststelle abzumelden. Die freistehenden beziehungsweise entlassenen Arbeitnehmer bitten wir unverzüglich dem Geschäftsführer des Schlosserverbandes mitzuteilen.“ Nach „berühmten Namen“ wurde auch eine 1. Kl. Klasse angelegt. Die bestreiteten Unternehmer waren in arge Bedrängnis geraten, die Firma sollten fertig werden, die Bauherren waren unzufrieden, denn sie waren an bestimmte Termine zur Fertigstellung der Fassaden gebunden. Durch Säfernde und sonstige Werkmeister berührte man „Erfolg“ für die Streitenden zu bekommen. Über die Arbeitswilligen fühlten sich nicht zahlreich ein, und wenn sie wirklich welche wählten, dann waren die Unternehmer mit dieser „Sippe“ auch nicht zufrieden. Nun berührte die Leitung der Unternehmer, eine andere Tarif einzuführen. Man wollte die öffentliche Meinung gegen die Arbeiterschaft heranziehen. So bei bürgerlichen Zeitungen wurde folgende Erklärung veröffentlicht: „In Nr. 80 des Borschts wird das Verhalten der Arbeitgeber im Berliner Schlosserarbeiter gegen die Bauanschläger unangefochten, als wenn die Arbeitgeber die Verhandlungen abgelehnt hätten. Diese Bekämpfung widerspricht den Erfachsen und folgt aus folgender öffentlicher Erklärung: Es ist im Gegenteil der Art, daß die Arbeitgeber die Arbeitgeber die Arbeitgeber, in dem zu Unzufriedenheit befreit werden sollten, von den Arbeitnehmern als für sie unabkömmlich bezeichnet werden. Die ihnen von uns in lokaler Weise angebotenen Verhandlungen über den Entwurf kann ich abgelehnt. Es sind die Verhandlungen somit mit den Ansägerarbeitern abgebrochen worden. Eine Verhandlung bei dem Eigentum des Gewerbegebiets über wäre bei einer Firma bei mehr als 300 Positionen unmöglich gemacht. Die Anzahl der den Arbeitern beigefügte Erklärung des alten Tarifs um 10 Prozent soll den Zweck haben, die Ansäger zu förmlichen Verhandlungen zu zwingen.“ Auf diese Erklärung entweder mit nicht, denn wenn der Bericht des Vorsteigers des Tarifes nicht aufzutreten, hätten die Unternehmer doch eine Verstärkung einzuholen können. Erst dieses Dokument ist einer sehr kurzen Verhandlung gewichen. Am 16. April, in der zweiten Sitzung des Streits, fand eine Sitzung der beiden Kommissionen unter dem Vorsteiger des Oberbaudirektors der Berliner Schlosserinnung statt. Nach langer Verhandlung kam folgende Vereinbarung zwischen mir der für die Berichter der Arbeitnehmer, vorbehaltlich der Zustimmung der Kollegen, einzuholen erklärten: 1. Die Arbeit werden von den Unternehmern ausführlich gemacht. 2. Die höheren tariflichen Preise werden, bis ein neuer Tarif verabschiedet ist, weiter gezeigt. 3. Der Streit und die Sparte über die betreffenden Preise wird aufgehoben. 4. Wohregelungen dürfen nicht statuisieren. 5. Die im Streit befindlichen Bauanschläger werden nach Gebrauch wieder eingefüllt. Seine Wiedereinführung vorzusehen werden, müssen sie vom Streit nach arbeitslosen Bauanschläger eingefüllt werden. 6. Die Verhandlungen über einen neuen Tarif werden aus Möglichkeit befreien.“ Die Streitenden erklärten sich am 17. April mit dieser vorläufigen Erklärung einverstanden. Der Streit wurde aufgehoben und am 19. April die Arbeit wieder eingesetzt. Es wurden auch fast alle Kollegen wieder eingefüllt. Das nahmen die Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Tarifs ihren Fortgang. In drei Sitzungen von 4 bis 5 Stunden Dauer wurden bei fast jeder der 207 Positionen

Das große Eisen-Schweiz. Schon bald in das Jahr eines Zählens. 1900 in Metzgerstadt wurde die Stunde, indem die Metallarbeiter und Handarbeiter nach der 30. April-Feier in der Kommandantur erschienen. Schließlich wurde ein Arbeitstag deklariert und ihm darunter gesetzlich. Dieser muß nun die Wohnung und das betriebliche Gartentum im Stich lassen. Die Galerie und die Drehorei zeitigen fast Bild eines Zauberwaldes. Die Herren Altona und Direktoren mögen an diesen angeführten Beispielen erfreuen, worum sie keinen entzücklichen Arbeitersinn erhalten. Den Arbeitern aber raten wir, endlich ihre Rechtsgültigkeit anzugeben, nicht allen möglichen Altimismus zu föhren, sondern sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, damit durch die Organisation geordnete Zustände geschaffen werden können.

Hamburg. (Aus voriger Nummer [Märztag] wiederholt.) Die Unternehmer des Baugewerbes haben wegen geringer Förderung einiger Branchen (Metallarbeiter, Bauhülfearbeiter) eine Küssperzung der Arbeiter des Baugewerbes beschlossen und auch schon zum Teil durchgeführt. Die Meister des Klempner-, und die des Schlossergewerbes sind mit im Bunde und beteiligen sich zum Teil an diesem Gewaltakt. Es sind deshalb bis jetzt ausgepeppt 821 Schlosser und 479 Klempner. Zugang ist streng fernzuhalten!

Mülheim (Ruhr)-Overhausen. In zwei öffentlichen Versammlungen, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband für den 6. Juni einberufen waren, referierte Kollege Steinländer (Bochum). Beide Versammlungen waren nur mäßig besucht. Bei der Vormitagsversammlung bei Hosenbrink in Overhausen hatten die Christlichen einen Vertreter entfunden, der die freien Gewerkschaften verhindern sollte. Nach den 1½ stündigen Aussführungen des Referenten meidete sich dieser Herr auch zum Wort. Mit Ausgebot seiner großen Lungenkraft schickte er viel unsinniges Zeug daher, worüber die Versammlung sich sehr ergoßte. Die Diskussionsredner führteten diesen Christen ordentlich ad absurdum; er zog es dann vor, ruhig zu sein. In der Nachmittagsversammlung bei Spindernagel war kein Vertreter der christlichen Gewerkschaften erschienen, aber ein Teil des "Generalstabs" des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins: Museliner (Berlin), Lange (Eisen) und andere mehr. Diese hatten vormittags eine Versammlung im selben Saal abgehalten. Nach dem Vortrag des Kollegen Steinländer meldete sich ein Hirsch zum Wort, der als Konfessionist das Beste leistete. Dann stellte sich der von Hamburg her sehr berühmte Bezirksleiter Lange aus. Ihm der Versammlung vor, um hier Vorkehrten zu prüfen, da ihm dies durch seine Wissendenuntzaltung der Werftarbeiter in Hamburg nicht geglaubt war. Auf den Vortrag des Kollegen Steinländer ging er nicht ein, sondern arbeitete nach dem berühmten Muster des Kreuzen. Lange mußte es sich aber gefallen lassen, daß er von unserem Kollegen H. der früher selbst Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins gewesen ist, eines anderen belehrt wurde. Auch dem Kollegen Sierau war es ein leichtes, Lange heimzuleuchten. Lange hatte auch die Ausführungen eines Hamburger Delegierten auf unserer Hamburger Generalversammlung ausschärfen lassen, die Versammlung zu sprengen. Bemerkte mag noch werden, daß Lange wegen seiner fortgesetzten Schimpferien von dem Kollegen Sierau aufgefordert wurde, sich ruhig und anständig zu benehmen. Er wird aber gemacht haben, daß in Mülheim und Umgebung für den Gewerkestein kein fruchtbarer Boden mehr ist. Die Hütten- und Walzwerkerarbeiter wissen nur zu gut, daß ihr Platz nicht im lendenlabmten Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein ist, sondern im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Daraus, ihr Hütten- und Walzwerkerarbeiter, schließt auch, soweit ihr noch nicht organisiert seid, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an.

Gehmiede.

Frankfurt a. M. In einem Eingesandt in Nr. 28 der Schmiedezeitung entzündet sich der Kollege Kaufus vom Schmiedebeverbund über einen Artikel aus der Feder des Frankfurter Metallarbeiters Karl Möller in Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung. Er bedauert es ausschließlich, wenn Organisationen, die auf dem Boden der modernen Arbeitersbewegung stehen, "die zwecklose Rauhzieher bestehen und nur auf den Moment warten, wo sie sich mit ihren Lagen eins austauschen können." Schön! Dann wird es der Kollege Kaufus wohl auch bedauern, daß ihm das Rauhziehen passiert ist, Seitenhiebe auszutheilen, die recht lächerlich und direkt unwahr sind. Lächerlich ist die Titulation des Unterbezirkssitzes als "Frankfurter Metallarbeiter". Wenn jedoch der Kollege Kaufus mit dieser Bezeichnung hat zum Ausdruck bringen wollen, daß die Schmiede zu den Metallarbeitern gehören, beglücke ich sie als einen Fortschritt zur Selbstverständnis, die bekanntlich der erste Schritt zur Besserung ist. Veranlassung zu dieser Erinnerung geben mir folgende Ausschreibungen von Kaufus: Möller ist wohl die ungewöhnlichste Person, derartige Vorträge erheben zu können, denn unsere Kollegen seines früheren Wirkungskreises (Hannover) haben die Mittel kennen gelernt, welche von Möller angekündigt wurden, um dort zu erringen, wo man nicht gefaßt hatte. Diese Behauptung von Kaufus hat bei mir als zweitelles auch bei unseren Kollegen in Hannover Erstaunen hervorgerufen. Der Kollege Kaufus mag sich bei dem bedauern, der ihm diesen Bären aufgebunden hat. Ich nehme seine, die Tatsachen direkt auf den Kopf stellende Behauptung nicht tragisch, ich will auch nicht aufs neue Blunder zu Reibereien geben, aber eins muß richtig gestellt werden: Nicht die Metallarbeiter haben in Hannover versucht zu erringen, wo sie nicht gefaßt haben — dies ist vielmehr vom Schmiedebeverbund mit allen Mitteln versucht worden. Der Zentralvorsitzende des Schmiedebeverbundes, Kollege Lange (Hamburg), wird sich der Witter erinnern, die seinerzeit in Anwendung gebracht wurden, um die in der schweren Sektion der Schmiede des Deutschen Metallarbeiter-Verbands tätigen Kollegen für den Schmiedebeverbund zu gewinnen. Dies möge für heute genügen; auf Wunsch können wir deutlicher werden. Seit Jahren haben die Schmiede in Hannover den Metallarbeiter-Verband als die wichtigste, die Interessen des Kollegen am besten vertretende Organisation erkannt. In ruheloser, aufopfernder Fleißarbeit, die unseren Kollegen an anderen Orten als Musterbeispiel dienen kann, haben sie den Beweis erbracht, daß die Agitation unter den Schmieden für den Metallarbeiter-Verband fruchtbringender sein kann, als eine solche für den Schmiedebeverbund. Es mag ja den Kollegen Kaufus schmerzen, daß in Hannover circa 900 Schmiede und Schlossermiede im Metallarbeiter-Verband organisiert sind. Es mag ihn überraschen, daß es vornehmlich der Metallarbeiter-Verband gewesen ist, der in den Huf- und Wagenschmieden das unförderliche Stoß- und Logistischen bestreift und die Erfüllung selbst dieser Kollegen wesentlich verbessert hat — aber dieser Schmerz berechtigt ihn nicht, solche den Tatsachen ins Gesicht schlagende Behauptungen aufzustellen, wie er es getan hat. Ich billige dem Kollegen Kaufus gern mildernde Umstände zu wegen der grundsätzlichen Fiktion, die ihm zuteil wurde und betrachte damit die Sache als erledigt. Auch ich finde es, gelinde gesagt, sehr unüblich, wenn man erraten will, wo man nicht gefaßt hat und verurteile deshalb das Verhalten des Schmiedebeverbundes in Obernietz aufschießt.

Karl Möller.

Durchsetzung feststellen und zu Ende führen sollte; man sieht an, daß dann eine Stunde bis die 100000 unerlässliche Arbeit entrichtet werde. Sicherlich hatten die Reichstagssitzende Zeit, ihre Meinung auszuspielen, die Fraktionen fanden zu den Gleichberechtigungen Stellung nehmen und beim Wiederholungsamtress des Reichstages, am 18. Juni, nach der zweiten Beratung der Finanzkommission im Plenum nicht mehr im Wege. Jedoch die Sache kam ganz anders. Das Zentrum und bis preußischen Kunden arbeiteten schon seit Monaten auf das gleiche Ziel hin; sie wollen den Reichstag ausführen. Die Grünen, die sie bewegen, sind verschieden, denn trotzdem das Zentrum wohl in sicherer Sicht für den 18. Dezember 1900 Ratha nehmen will, wollen die Kunden den Mann aus dem Knie entfernen wissen, der in der letzten preußischen Chronik, wenn auch nur oberflächlich und mit leichten Worten, die Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts anerkennen und damit der Reform seines Wahlrechts geöffnet hat. Um dieses Ziel zu erreichen, machten sich beide Parteien zum Widerstand gegen die Erbschaftssteuererhebung stark. Die Regierung hatte in keinerlei Weise verschwiegen, daß sie nur dann einer Finanzreform ihre Zustimmung geben würde, wenn ein bestimmter Teil des aufzubringenden Gelbes durch direkte Besteuerung gewonnen würde. In der Tat ist dafür, wenn man keine Reichsteinkommen- und Reichsvermögenssteuer will, nur die Besteuerung der Erbschaften irgend einer Form brauchbar. Auch die bürgerliche Linke hat ihre Zustimmung zu der Reichsfinanzreform von dem Ausbau der Erbschaftssteuer abhängig gemacht; und für die Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, daß von allen Steuern nur die direkt auf ihre Zustimmung rechnen können. Auch diese natürlich nur dann, wenn im Vorigen den programmatischen Vorberungen der Partei entsprechen. Nachdem sich die Regierung einmal festgelegt hatte, handelte es sich für die sozialrechtslichen Parteien nur darum, eine sichere Mehrheit gegen die Reichsvermögenssteuer zusammenzutragen, um auf diese Weise den Reichstagler zum Rücktritt zu bewegen. Eine solche Mehrheit konnte man aber offenbar erst dann bilden, wenn der bisherige Block zerschlagen war, der den Konservativen wie ein Weigewicht am Fuße hängen mußte; ferner aber mußte sich eine neu zu bildende Mehrheit auch gleich auf Erbschaften einrichten, die sie an Stelle der abgelehnten Erbschaftssteuer vorschlagen wollte.

Dieses Programm wurde von den konservativen und besonders von der Zentrumspartei mit einer Konsequenz und einer Kunst durchgeführt, an der man einen esthetischen Genuss haben könnte, wenn es sich nicht dabei um eine schwere Schädigung der Volksinteressen handele. Die Krebs, Spahn, Müller-Hulda auf der einen, die Hechendorf, Weißer und Röhlingsen auf der anderen Seite, operierten in einer wahnsinnig glänzenden Weise, so daß sie die Blodlberalen eins, zwei, drei aus ihrer Stellung herausmanövriert und geradezu zum parlamentarischen "Kassenstiel" gezwungen hatten. Freilich wollen wir nicht übersehen, daß die edlen Pfaffen und Tünker dabei so ein bisschen Wortschatz und Erfahrung der Geschäftsförderung des Reichstages ohne Strubel in den Raum nahmen.

Der äußere Ablauf der Kommissionsverhandlungen wird unseren Lesern aus den Tagesschriften noch im Gedächtnis sein: wie der Kampf um die Liebesgabe bei dem Brannitsteuersteuerzeuger entbrannte, wie die vereinigten Reaktionäre das Tabaksteuergesetz zu Flug und Fommen der Tabakbauern noch in letzter Stunde ummodellierten, wie sie schließlich, nachdem der erste Antrag der Konservativen auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer abgelehnt war, mit einem wilden Haufen der allerunmöglichen Steuerabschläge loslagen und dadurch die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten zum Verlassen des Sitzungssaales bewogen. Die Kumpfkommission setzte unmittelbar ihre Arbeiten fort und produzierte noch rund 140 Millionen neuer Steuern! Die Haarölsteuer und der Kaffeezoll, die Besteuerung der Wertpapiere und die Belastung der vierzig Eisenbahnenlagenklassen, Kohleausfuhrzoll und Viehsteuer — alles das und noch mehr fand sich in diesem schrecklichen Ragoût. Die Regierung, die minderless ein sehr zweideutiges Spiel getrieben hat (hatte sie doch den Reaktionären für ihre faulen Steuern die statistischen Unterlagen und sonstiges Material bereitwillig geliefert), konntete sich auf diesen großen Unzug nicht entlassen. Da sie aber auf der anderen Seite ihre eigenen früheren Steuervorlagen nicht durchzubringen vermochte, so entschloß sie sich, dem neu zusammentretenen Reichstag einen Haufen von Erfassungssteuern vorzuschlagen. Danach will sie die von den Konservativen vorgeschlagenen Börsensteuern durch eine Erhöhung der Wechselseitstempelabgaben, durch eine Scheinfreie und eine Steuer auf den Umsatz von Grundstücken erneut. Außerdem taucht eine ganz neue Steuer auf, die Besteuerung der Feuerversicherungspolizisten. Man kann wohl sagen, daß danach die konservativen Steuervorschläge durch ebenso schlechte und schändliche ersezt wurden, durch Vorschläge, denen man im Interesse weitester Volkskreise und des Verkehrs nicht einmal, wie wenigstens einzelnen der konservativen, in ihren Grundgedanken zustimmen kann. Während zum Beispiel die Notierungsteuer nur den meist sehr wohlhabenden Besitzer von Wertpapieren trifft, trifft die Erhöhung der Wechselseitstempelabgaben und die Scheinfreie auch den mittellosen kleinen Geschäftsmann, die Besteuerung der Feuerversicherung trifft jeden, der seine Brotbäckerei oder sein Möblier verfügt, also auch die unzureichende Ware und den spärlichen, vielleicht überzähligen Betrieb. Und das sind nun die "Besteuerten", die den Aussatz der Erbschaftssteuer erneut sollen! Insbesondere wird von der Feuerversicherungsteuer, die auf 40 Millionen geschätzelt wird, von der Regierung erklärt, daß sie zu diesem Zweck bestimmt sei. Danach brachte der Ertrag der neu eingezogenen Erbschaftssteuer nur auf höchstens 40 bis 50 Millionen angeliefert werden. Nach den soeben veröffentlichten Fachten der Reichsminister für 1908 würden in diesen Jahren aus Erbschaften fast genau 30 Millionen an Reichssteuern ausgebracht. Rechnet man die 40 bis 50 Millionen dazu, die aus der neuen Erbschaftssteuer gewonnen werden sollen, so ergibt das einen winstigen Gesamtertrag aus Erbschaftssteuern von 70 bis 80 Millionen Mark.

Am 16. Juni begann die erste Beratung dieser Steuervorschlägen im Plenum des Reichstages. Wie zu erwarten, nahm der Reichstagler gleich zu Beginn der Beratung das Wort zu einer Entlöschung. Er hat sie abgegeben; aber wenn man mit Bestimmtheit sagen soll, was in ihr eigentlich als Kern enthalten gewesen ist, dann kommt man in die größte Verlegenheit. Manche bezeichnen sie als einen Schwanengesang, andere als eine Janissare im Rauch; um die Wettbewerbsfähigkeit, aber etwas gewisses weiß man nicht. Das Gerade ist der Gluck unserer unfertigen politischen Zustände in Deutschland, daß in solcher Situation keine Klärheit erzielt werden kann. Das weiß jedermann, daß der Reichstagler nicht auf seinem Posten bleibe kann, wenn eine konservativen-Scheinfreie Reichsteuer die Erbschaftssteuer ablehnt; wie gestagt, das weiß jedermann — aber ob es der Reichstagler auch weiß, das ist die Frage! Man wird unwillkürlich an die alte Anekdote erinnert: Ein Mann schenkt sich einen Hof zu betreten, auf dem ein Hund laut bellte; sein Freund ermunterte ihn dazu mit den Worten: "Weißt du denn nicht, daß Hunde, die bellen, nicht leben?" Darauf die Antwort: "Ich weiß das wohl, aber ich bin nicht sicher, ob es der Hund auch weiß."

Das große Geheimnis des Staates der Erhaltung des Reichstages in die Debatte geworfen. Der nationalliberalen Abgeordneten Wallersee kann jeder die Sache mit einem Grinsen auf die unerträglichen Folgen ihrer übermüdeten Haltung zu schaufen, die Eigentums-Wilkür der Regierung aufzuladen, die Reichsvermögenssteuer als das wichtigste Werk des Willens, das gehabt werden muß, bevor man es mit einer so ungemeinlichen Belastung beladen kann. Vermischlich will die Regierung aber wieder aus dem einen nach dem anderen Gründe den Reichstag zurück ansetzen. Ob das für den Bundesrat unfehlbar eine gefährliche Verzweiflung bedeutet. Die positive Haltung des Reichstages und die vollendete Unfähigkeit des Reichsabgeordneten lassen auch unter veränderten Umständen kein günstiges Resultat für die Reform erwarten, Anfang genug für den Bundesrat als Ganzen, sich jede wie auch immer geartete Reform der Reichsfinanzen auszudenken zu lassen. Man wird wohl nicht sehr gehen, wenn man ausspricht, daß heute der Bundesrat bereit ist, die in der Reaktionäre Staaten aus der Hand der neuen Mehrheit anzunehmen, auch wenn ein wenig direkt Steuern gleichzeitig eintreffen wird. Die Liberalen haben erklärt, daß sie ihre Willkür auch bei den indirekten Steuern verzagen würden, wenn die Erbschaftssteuer abgelehnt wird. Es fragt sich nun, ob die sogenannte neue Mehrheit ausreicht, um die indirekten Steuern auch nach der Ablehnung der Erbschaftssteuer durchzubringen; daß es dabei sehr erheblich auf die Haltung der sozialdemokratischen Partei ankommt, liegt auf der Hand. In der ersten Lesung vertrieb sie es, ihre definitive Haltung festzulegen; damit folgte sie nur einem alten Brauche. Über die Entscheidung wird vermutlich nicht lange auf sich warten lassen. Wie wollen an dieser Stelle auch keine Vermutungen über sie aussprechen, denn wir haben das Vertrauen zu der Reichsvermögenssteuer, daß sie dem Programm und den Traditionen der Parteien entsprechend in dieser Frage der Steuerreform ihre Stellung wählen wird.

Vom Gehinz.

Um 5. Juni wurde in Kiel eine Versammlung von Arbeitern der Holzwalzwerke abgehalten. Diese war vom gelben Leibniz einberufen, wozu Leibniz als Referent bestellt war. Galt über den "gelben Lump" zu referieren, sprach er aber über alles mögliche, er verdächtigte in belauerter Manier unsere Bewegung. Über Leibniz mußte sich mit dem schnellen Beifall begnügen, den ihm eine Gelde spendete. Nachdem ein Arbeiter ihm die Meinung gefaßt hatte, nahm Kollege Bernhard (Berlin) das Wort, um den Leibniz Spießruten laufen zu lassen. Seine Darlegungen wurden von draufendem Beifall begleitet. Nachdem dann noch ein Gelber etwas gesprochen hatte, nahm wieder ein Arbeiter der Holzwalzwerke das Wort; er sagte: "Verdiente Anwesenheit nachdem Herr Leibniz gehört und die treffliche Ausführung des Herrn Bernhard, wo Sie durch großen Beifall bezeugt haben, daß Sie mit Herrn Bernhard einverstanden sind, bin ich der Meinung, daß wir nach Hause gehen." Unter Hochrufen gab die Versammlung ihr Einvernehmen mit diesem Vorschlag zu erkennen und in fünf Minuten hatte sich der Saal bis auf Leibniz, Manschke, Niderhoff und noch zwei.

Kollege Bernhard hatte bei seinen Ausführungen auch folgende zwei Briefe des Leibniz zur Berücksichtigung gebracht:

I.

Haupstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände.

W 36, Am Karlsbad 42.

Auf Ihr Schreiben vom 15. 6. Ms. und bezugnehmend auf meine Unterredung mit Herrn Dr. Wallersee erlaube ich mir Ihnen anbei ergebenst einige Ausführungen über die gelbe Arbeitersbewegung zu überreichen. Wir bitten um vertrauliche Behandlung der Sache.

II.

An die

Das Hauptagitationsmittel für die gelbe Arbeitersbewegung ist und bleibt der gelbe Arbeitsnachweis. Ein Arbeitgebernachweis oder ein partizipativer Nachweis kann nicht gut auf den Standpunkt stellen, daß er nur gelben Arbeitern Arbeit vermittelt. Ein gelber Arbeitsnachweis kann dieses aber tun. Wir erleben täglich das Schauspiel, daß sozialdemokratische Arbeiter, die sozialen und manchmal arbeitslos waren, mirbte werden und aus unserer Arbeitsnachweis kommen, wo sie sagen: sie wollen Gelde verdienen, geht uns nur Arbeit. Drei Drittel dieser Roten bleiben dauernd gelb. Diese Tatsache ist dadurch zu erklären, daß die roten Organisationen unserer Arbeitsnachweis gehoben haben. Wer unseres Arbeitsnachweises benutzt, muß risizieren, daß er von den Roten verprügelt wird. Die von unserem Arbeitsnachweis in die Radikale geschickten Arbeiter müssen binnen drei Tagen dem dortigen gelben Verein beitreten. Tun sie dieses nicht, so werden sie entlassen. Arbeiter, die einige Monate in einem gelben Verein sind, wo sie das gelbe Vereinsorgan der K. u. K. lesen, bleiben auch für die Zukunft gelb. Dazu trägt bei, daß sie von den Roten auf die Weise beleidigt werden. Die beleidigende Handlung setztens der Roten schafft eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen Roten und Gelben. Sollte ein Gelber wieder in die Sozialdemokratie zurückkehren, so würde er stets dort ein Gesicht 2. Klasse bleiben. Es ist ausgeschlossen, daß er jemals ein Ehrenamt (Vorstandesmann, Bezirksleiter, Wohlmann) erhalten könnte. Niemand wird es gelassen, eine solche Karriere zu spielen. Die Einrichtung, daß die Vereinsbeiträge durch die gelben Arbeitgeber vom Lohn abzurechnen werden, macht die gelben Arbeitersbewegung vollständig machtlos. Eine solche Organisation kann nie daran denken, einen Streit zu führen. Sofern die Arbeitgeber die ortsbürokratischen und anständigen Wähne zahlen, brauchen sie selten den gelben Arbeitersbewegung niemals einen Streit zu führen, weil es in der gelben Arbeitersbewegung keine rote Feuer gibt, die beruflich Unzufriedenheit erregen.

Zwecklos müßten die Arbeitgeber tun, um die gelbe Arbeitersbewegung im richtigen Fahrwasser zu erhalten: Sie müssen einen kleinen Zufluss den Arbeitervereinen für die Vereinsabgabe gewähren. Die Entzettelung dieses Zuflusses bildet dann immer eine Drohung, bis es gesetzlich stattezt, den Verein zur Verantwortung zu bringen. Zwecklos sollten die Arbeitgeber sehen, daß ihre gelben Arbeiter zu richtigen Gelben erzogen werden, und dieses kann hauptsächlich nur geschehen durch die dauernde Leitung eines guten gelben Blattes. Es liegt im Vorteile der Arbeitgeber, für ihren Verein einen kleinen Zufluss für ihr Vereinsabonnement zu nehmen, damit die Arbeiter das Blatt abonnieren. Das gelbe Blatt immunisiert die Leute gegen das sozialistische Gift, macht eine Vereinigung von Gelben und Roten unmöglich.

III.

Herrn Mag. Schönfisch, Hermannsort 1. M., Gedächtnisstrasse 42.

Walter Bürger!

Sie mögen Sie bitten, doch zunächst den Vortrag der Abgeordneten für den Bund recht energisch in die Hand zu nehmen. Wir brauchen wirklich jede mögliche Gelde, 100000 für Kiel, wie in der Reichenhalle waren Geschäfte zu machen gewesen. Ich fürchte, daß ich nicht mehr, wie früher, die schlenden Geldbeträge auslegen kann, weil mein Drucker, dem ich 2600 K. für alle auf Ladung bringt.

Am Freitag den 1. Mai ist eine Vorlesungssitzung in meiner Wohnung. Diese Sitzung kennzeichnet den Goldring und Gießelspuk des Unternehmens wieder aufs trefflichste. Nicht wieder aber, als die Unternehmer, die sich dieses Menschen des Deutschen Konservativerbands verschrieben haben.

Rundschau.

Reichstag.

Seitdem der Reichstag vor vier Wochen in die Pfingstferien ging, hat sich mancherlei Vernerlebenswertes im parlamentarischen Leben zugetragen. Die Parteien hatten durch ihre Sitzungen die Abmachung getroffen, daß die Finanzkommission die Beratung der Gesetzesvorlagen, die ihr überwiesen worden waren, während der

Gewerbegegner.

In vogelher Form standen. Der Werkmeister Engelhardt kam mit seiner Firma, der Metallverarbeitung Falger & Co., in Nürnberg in Differenzen und erklärte mit folgenden Worten seine Meinung: "Seule ist das ist, da kann ich ja nicht." Ein weiterer Verlust der Differenzen liegt dann Engelhardt die Arbeit niedrig und verlor an einem Mittwoch das Gesicht. Die Firma Falger klagte am Gewerbegegner gegen Engelhardt auf Bezahlung von 80 % Schadenersatz. Angeblich hatte die Firma die Engelhardt nicht so oft Urlaub gefunden, es müsse bezahlt werden. Engelhardt war nicht als Arbeit des Engelhardt mit betrachten. Falger habe 80 % Wochentlohn; dadurch, daß er die Arbeit des Engelhardt mit betrachten müsse, seien von den 80 % Wochentlohn des Geschäftsführers mindestens 60 % für die Tätigkeit, die er an Stelle Engelhardts verrichten müsse, zu rechnen. Am zweiten Termin erinnigte der Vertreter der Firma Falger, Schumann, die Fortsetzung an Engelhardt auf 102 % Engelhardt will gar nicht als Werkmeister angestellt gewesen sein, sondern nur als Vorarbeiter; er habe nur 88 % Wochentlohn bezogen und habe alle Arbeiten mitmachen müssen, "leicht einem Tagelöhner". Er unterstrich diese Angabe durch Verteilung seiner beschwerten und gerissenen Schürze, die er bei der Firma trug, worauf ihn Schumann erwiderte, daß auch er eine Hose mit drei Löchern habe. Entschied: Der Werkmeister Engelhardt hat an die Firma Falger 102 % zu zahlen. — Nun unterscheidet sich in diesem Streit, daß die Firma ihrem Werkmeister 88 % Wochentlohn bezahlte, für dessen Vertreter, den Geschäftsführer Falger aber, der, wie Schumann in der Gewerbegegner-Vorhandlung bemerkte, den Werkmeister nur teilweise vertreten konnte, 80 % pro Woche rechnete. (Nach der Grün. Tagespost.)

Vom Husland.

Frankreich.

wd. Von 28. bis 30. Mai dieses Jahres tagte in der Arbeitskörde zu Paris der Einigungs-Kongress der französischen Metallarbeiter. Dieser Kongress wurde, wie die Leiter dieser Zeitung wissen, veranlaßt durch einen Beschluss des letzten Gewerbe-Kongresses zu Marseille. Die Leitung der Kommission der Arbeit erhielt dort den Auftrag, in etwa 6 Monaten einen Kongress für alle die Syndikate einzurufen, die den Föderationen der Metallarbeiter, Formier und Maschinenbau angeschlossen sind. Ortsvereine, die bisher noch keinem Landesverband angehören, sollten ebenfalls zugelassen werden. Durch den Marseiller Beschluss wurde gleichzeitig die Regierung des Einigungs-Kongresses festgelegt. Sie enthielt als einzigen Punkt die Vereinigung der drei Föderationen und die Ausarbeitung von Statuten für die neue Organisation.

Der Einladung der Kommissionsleitung waren am zahlreichen die Ortsvereine der Metallarbeiter nachgekommen. Von den 118 Delegierten mit 178 Mandaten, die auf dem Kongress vertreten waren, gehörten 83 Delegierte mit 123 Mandaten dem Metallarbeiterverband an. 30 Delegierte mit 50 Mandaten vertreten die Ortsvereine der Formierföderation und nur 5 Delegierte mit 5 Mandaten waren von den Maschinenbauern entsandt. Wie wir schon früher berichteten, hatte die Föderation der Maschinenbauer Abstand genommen, an dem Einigungs-Kongress teilzunehmen, weil sie die Konkurrenzorganisation dem Industrieverband vorzieht und weil sie befürchtete, daß ihre Solidaritätsklassen für Streit und Arbeitslosigkeit bei der starken Gegenwart der Majorität des Metallarbeiterverbandes der Einheit zum Opfer fallen müßten. Diese Verfurchung ist in der Hauptphase leider zur Erfüllung geworden.

Der Kongress wurde morgens 9 Uhr mit der Ansprache eines Delegierten der Föderation eröffnet und darauf wurde sofort mit einer Generalabstimmung über die Vereinigung der drei Föderationen begonnen.

Von den Delegierten des Metallarbeiter- und auch des Formierverbandes wurde von vornherein votiert, daß es sich nach gründlicher Aussprache jetzt darum handle, eine prinzipielle Abstimmung über die Fusion herbeizuführen. Dem wurde von den Maschinenbauern mit dem Vorbehalt zugestimmt, daß ihre Prinzipiellierung für die Fusion in keiner Weise für sie bindend sein sollte, denn erst nach der Statutenverfügung seien sie im Stande, bindende Erklärungen über ihren Anschluß zu geben. Diese zögernde Haltung der Maschinenbauer rief unter den Kongreßteilnehmern einzigen Protest hervor. Sie bemerkte aber, daß selbst bei den Syndikaten der Maschinenbauer, die bis zum Einigungs-Kongress bewußt geöffnet sind, möglichst alle Ortsvereine des Maschinenbauerverbandes zu verlassen, an den Verhandlungsverhandlungen teilzunehmen, eine bestimmtlose Begeisterung für die Fusion nicht vorhanden war. Diese Erfüllung ist, wie wir schon öfters berichtet haben, so wenig methodisch, erfolgs-präzisistisch, als von den französischen "reinen" Syndikativen zurückzu führen, die — allen gegenwärtigen Bedingungen von geistiger Seite zum Trotz — auch nicht jemals völlig entwischen hat, der großen Klasse der jüngstlichen Arbeiterschaft Betriebe und Selbstbehörde einzutreten. Und gerade die böser Erfahrungen des Metallarbeiterverbandes nach den Generalstreiks von 1906, um die der frühere Sekretär der Metallarbeiter, Kollege A. a. p. e., zu verhindern wünschte hingezogen hatte, lassen die zögernde Haltung der Maschinenbauer gerechtfertigt erscheinen. — Bei der daraus erfolgten Abstimmung über das Prinzip der Fusion wurde fast einstimmig die Bezeichnung befohlen, 175 Stimmen worten dafür und nur zwei abgegabt bei einer Stimmenthaltung.

Ruimere trat nun in die Statutenberatung ein. Der Sekretär des Formierverbandes hatte im Organ seiner Organisation einen Statutenentwurf vorgelegt und dieser wurde auf Antrag des Delegierten der Metallarbeiter zur Diskussion gestellt. Er wurde noch verschärfte Änderungen und Abänderungen endgültig als Entwurf der neuen Föderation angenommen.

Es ist uns hier natürlich anzufügen, daß einzelheiten des neuen Statuts unerlässlich. Nur das gesammelte ja die Hauptlinie herausgehoben. Die neue Föderation wird den Namen: Fédération des ouvriers sur métal et similaires de France. Sie wird in die Fortsetzung der Formier und Metallarbeiterorganisationen in der Hoffnung nach dem jugendlichen Ende, der Belebung der Gewerbe und der Rechtigung des Menschen durch den Menschen. Die Beitragsleistung ist leider sehr niedrig angelegt. Sie beträgt pro Mitglied pro Monat nur 30 Centimes. Das praktische Einkommen hat eine Beitrags von 40 Centimes vorgesehen, jedoch wurde dieser mit 106 gegen 71 Stimmen abgelehnt. So gegen 30 Centimes sind pro Mitglied und Jahr 25 Centimes etwa zu erachten zur Bezeichnung der Kosten für meine Gruppe. Die eine Hälfte des Beitrags soll zur Bezeichnung der Betriebsgruppe, welche, zur Proportion, Betriebsgruppe n. j. b. benannt werden, die andere 15 Centimes sollen in die Gruppe fließen. Für die Betriebsgruppe hat man leider keine reellen Kosten geschaffen. Sehr Oderbergs, der einen Teil bei der Föderation einsteckt, erhält, wie das Einkommen zeigt, eine Unterstützung durch die Föderation, deren Höhe sich nach der Größe der Gruppe und des Gehalts der Gruppe richtet. Diese Form der Betriebsgruppierung bedient nur die Interessen der Formier und Maschinenbauer ganz entsprechend einer Bezeichnung ihrer eigenen Form. Die Formier hatten in ihrem bisherigen Zustand die Betriebsgruppierung mit 1,50 Zentnen pro Tag bezahlt und bei den Maschinenbauern mit 2 Zentnen pro Tag. Es ist leider ausnahmsweise, daß eine solche Gruppe durch den Betrieb für die Betriebsgruppierung zu bezahlen. Die Betriebsgruppierung ist beobachtet worden. Sie kommt pro Tag etwa 1000 und darf pro Jahr 25 Zentnen nicht übersteigen. Dieser Betrieb hat nun eine Betriebsgruppe, die eine Art Gruppenförderung erhält, jedoch kann es auch hier über die Höhe der Förderung nur noch je Tag durch die Bezeichnung entschieden. Die Betriebsgruppierung ist gleichfalls genannt. Sie kann jetzt im praktischen Zustand als nur teilweise vergleichbar, aber sie ist ausnahmsweise durch die Föderation hergestellt werden. Nach dieser Aussicht ist dies wichtig. Mit 143 gegen 21 Stimmen bei 5 Ent-

haltungen wurde beschlossen, daß die Arbeitslosenkasse schließen sei und daß die Ortsvereine sie verwahren sollen, die sie zu ihrer Gründung zusammenstellen. Einem wichtigen Punkt hat man den Statuten eingefügt durch die Bestimmung, daß über alle wichtigen Fragen ein Referendum unter den Syndikaten veranlaßt werden sollte. Um diese Frage wurde lange und doch geführt; bedeutete doch das Referendum nach Meinung seiner Gegner einen Hemmung für den Ausbruch spontaner großer Generalstreiksbewegungen, den man auf keinen Fall in das Statut hineinbringen dürfe. Nun geringer Majorität, mit 86 gegen 76 Stimmen bei 19 Entscheidungen, wurde aber beschlossen, bei größeren Fragen das Referendum vorzunehmen. Diese Entscheidung wird vorwiegendlich für die Autarkie von großem Nutzen sein.

Nach die Verhältnisse der Übereinkunft wurde mit 188 gegen 26 Stimmen die proportionaleVerteilung verabschiedet. Die Verwaltung wird gebildet aus Delegierten der 4 geschlossenen Ortsvereine. Jedes Syndikat hat also, ungeachtet seiner Mitgliederzahl, bei den Entscheidungen in der Verwaltung eine Stimme. Die Syndikate in der Provinz haben das Recht, einen Pariser Kollegen mit ihrer Vertretung zu beauftragen.

Der Erledigung der laufenden Angelegenheiten sollen 4 Sitzstunden angesetzt werden. Die Kollegen Merrheim und Galantius von den Metallarbeiter- und Bergarbeiter sind von den Formierern bereits auf dem Kongress als Sekretäre der neuen Föderation ernannt worden. Die Wahl des vierten Sekretärs hat man den auf dem Kongress vertretenen Maschinenbauern überlassen, die sich zur Wiederwahl dieser Wahl einen unbestimmten Zeitraum ausdaten. — Der nächste Kongress wird in 2 Jahren zu Paris stattfinden.

Alles zusammengenommen hat der Einigungs-Kongress unserer französischen Kameraden für den Augenblick noch nicht den beabsichtigten Zweck voll verwirklicht. Es sollte sich ja diesmal um die Vereinigung der drei größten französischen Metallarbeiterorganisationen handeln. Dies ist nicht gelungen. Nur die Metallarbeiter- und Formierföderation haben funktioniert. Selbständige besteht die Organisation der Maschinenbauer weiter. Selbst die 5 Syndikate der Maschinenbauer, die an dem Einigungs-Kongress teilnahmen, haben noch keine bindenden Erklärungen wegen ihres Anschlusses an die neue Föderation gegeben. Sie wollen jetzt erst gemeinsam versuchen, um auf diesem den Anschluß ihres Verbundes an die neue Metallarbeiterorganisation zu diskutieren. Bis dahin wird noch eine ganze Zeit vergehen, falls es überhaupt möglich ist, diesen Kongress zusammenzubringen.

An den vereinigten Formier und Metallarbeitern liegt es nun, der neuen Organisation recht bald zufolge neue Mitglieder zuzuführen, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß der Industrieverband die zeitgemäße, lebenskräftige Organisation ist. Die verschiedenen Mängel, die die neue Organisation nach den Statuten noch besitzt, werden durch die Macht der Faschisten höchst bald beseitigt werden. Hohe Mitgliedsbeiträge, starke Streit- und Unterstützungs klassen müssen mit der wachsenden Macht der Unternehmerorganisationen die notwendige Forderung auch unserer französischen Kollegen werden. Dann wird die Arbeit, die der Einigungs-Kongress begonnen hat, wirklich und gründlich durchgeführt werden können und die Versplitterung der französischen Metallarbeiterchaft auf immer beseitigt sein.

Österreich.

Der nationale Konflikt, der die österreichische Gewerbebevölkerung seit einigen Jahren beschäftigt, zeigte bis jetzt eine merkwürdige Position der einander bekämpfenden Parteien. Die tschechischen Föderalistinnen waren fast immer die Angreifer, während die Centralistinnen sowohl unter den Deutschen wie unter den Tschechen sich auf eine matte Defensive zu befreunden pflegten.

Im Anfang des nationalen Konfliktes war diese Position ja eine Selbstverständlichkeit, denn es war der Föderalismus das Neue, das sich gegen den herrschenden Centralismus durchzusetzen bemühte. Später aber, als die Föderalistinnen bereits selbst eigene Organisationen gegründet hatten, blieb indes die Kampfposition noch immer, wie sie vorher gewesen. Die Centralistinnen ließen die Föderalistinnen gewähren. Sie wollten abwarten, bis die schwachen tschechischen Verbände sich an der Unternehmerposition die Kopfblüte gefangen, dann — so argumentierten sie — würden die Föderalistinnen schon selbst in das Lager der Centralorganisationen zurückkehren.

Diese bequeme Taktik, die jedem Zusammenstoß aus dem Wege ging und deforente Gebiete verloren gab, ohne auch nur ernsthafte Anstreben zur Wiedereroberung zu treffen, hatte gewiß zu einem guten Teil seinen Grund in der überzeugenden Stärke der Centralorganisationen. Trotz allen Versagens ist es den tschechischen Föderalistinnen nicht gelungen, einen namhaften Teil der tschechischen Gewerbebevölkerung aus den Centralverbänden zu reißen. Die Folge davon war, daß die Centralistinnen sich leicht ohne größere Gefahr an die Zeit zu rückgewandten Abarten einrichten konnten.

Wo lag im Kampfe die Gelegenheit zu verteidigen, da doch ein roches Brüderlichkeit des Föderalismus nicht hindern erträgen? Wo blieb es bei der Defense? Da der Zeit des wirtschaftlichen Anschlags hatte die behauptungswürdig gewordene Absplittung der Lichtenberger gewonnen, einen namhaften Teil der tschechischen Gewerbebevölkerung aus den Centralverbänden zu reißen. Die Folge davon war, daß die Centralistinnen sich leicht ohne größere Gefahr an die Zeit zu rückgewandten Abarten einrichten konnten.

Andererseits, in der Zeit der wirtschaftlichen Krise. Die Absplittung der tschechischen Föderalistinnen macht sich im Kampf gegen die Unternehmer unangenehmer fühlen, weil um das Aufstehen aller, und der letzten Stütze, zur Rettungsbereitheit geworden ist. Die Centralistinnen empfinden es förmlich, daß die gewerkschaftliche Phalanx durchdrungen ist. Sie sind genötigt, energischer als vorher für die Rettungsbereitheit in die Sphären zu treten, soll die bisherige Absplittung beendet, einer weiteren Absplittung ein Sieg vorzubeugen werden.

Aber auch die Angriffslust der Centralistinnen hat sich beträchtlich verminderd. Auch sie leiden unter der Krise, ja sie leiden noch mehr als die Centralistinnen. Sie müssen sich geschehen, daß sie in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges den Unternehmern noch weniger erfolgreich gegenübertreten können als diese.

Das ist nun die Zeit des centralistischen Rückhaltes. Er steht eben in der österreichischen Gewerbebevölkerung ein. Am 11. April stand in Prag der Kongress der tschechischen Föderalistinnen, eine Konferenz der tschechischen Centralistinnen statt, die von Partei für Freiheit, dem tschechischen Sekretär des Metallarbeiterverbandes eingerichtet worden war. Konferenz erzielte auch das Resultat, in dem er energetisch die Rettungsbereitheit betonte, jede letztere Absplittung der gewerkschaftlichen Organisationen abzuschließen. Es beantragte eine Resolution, die von der tschechischen Gewerbebevölkerung Rechenschaft für ihre zentralistische Politik verlangt. Es heißt da:

„In der (österreichischen) Gewerbebevölkerung bekannt, daß Centralistinnen und Reaktionen dieser Konferenz in den Verhandlungen öffentlich gegen die Gewerkschaften aufgetreten und zur Spaltung dieser und zur Gründung sozialistischer Organisationen angetreten? Wenn ja, dann bitten wir, uns mitzuteilen, seit wann und um Grund welcher aus dem wesentlichen Vertrag der zentralistischen Organisationen aufgetreten, von der Partei für Freiheit Rechenschaft zu sein, so daß es erlaubt ist, ihre Zentralisierung öffentlich zu propagieren.“

Wie wirken kann und die Gewerbebevölkerung und ihre Centralistinnen dazu da, daß sie die Organisationen stützen helfen, aber nicht zerstören?

Sicherlich wird der tschechoslowakischen Gewerkschaft angeklagt, daß im Zuge ihres Beharrens in der eingetragenen Richtung den Centralistinnen, die noch Mitglieder dieser Gewerkschaft sind, nichts anderes klar bliebe, als die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Schrift der Konferenz bewirkt mit Nachdruck ihre zentralistische Schaffung und teilt ihnen das Verhältnis der tschechoslowakischen Gewerkschaft. Es wurde der Antrag angenommen, daß die oben beschriebene Resolution den einzelnen Centralorganisationen und Ortsgruppen zur Erörterung übergeben werde. Diese sollen sie

berücksichtigen und das Ergebnis ihrer Beratungen direkt der Zentralbevölkerungskonferenz mitteilen.

Und die Bevölkerung der Centralistischen Gewerkschaften in ausweichender, widerstreitendem Art. Nun machen die centralistischen Metallarbeiter mit ihrer Drohung, aus diesem Verhalten die Konsequenzen zu ziehen, Ernst. Die Befreiungserklärung des Metallarbeiter-Verbandes im tschechischen Sektor schafft ihr Zustand aus der Prager Gewerkschaftskonferenz.

Die Prager Kommission hatte den österreichischen Verband der tschechoslowakischen Metallarbeiter erkannt. Die Centralistinnen bedauern ihren Ausdruck mit dieser Anerkennung. In dem Schreiben, daß das tschechische Landessekretariat des Metallarbeiter-Verbandes an die Prager Kommission richtet, heißt es, daß das Landessekretariat im Sinne der Beschlüsse der Landeskongress vom 11. April gegen die Anerkennung des Verbandes der tschechischen Metallarbeiter als Angehörige der Gewerbebevölkerung protestiert und auf dem Standpunkt steht, daß unter diesen Verhältnissen für die Mitglieder centralistischen Verbandes in der tschechoslowakischen Gewerbebevölkerung kein Platz sei.

Der Österreichische Metallarbeiter fügt der Melbung dieses Schrittes bei: „Es unterliegt angelastet, daß von der tschechischen Föderalismus unseres Verbandes geführten Beschlüssen wohl kein Zweck, daß der Zentralvorstand diesen Beschlüssen bestätigen wird.“

Damit wäre der laberspruchsvolle Zustand befehligt, daß die centralistische Organisation der Metallarbeiter sie einen Teil ihrer Mitglieder Beitrag an eine Gewerbebevölkerung zahlte, die die entartierteste Gegnerin der Centralorganisation ist. Es ist wohl anzunehmen, daß sich die centralistisch organisierten Tschechen anderer Berufe, soweit sie der Prager Gewerbebevölkerung noch angehören, diesen Schritte der Metallarbeiter anschließen werden.

Scheinbar hat sich also der nationale Konflikt in der österreichischen Gewerbebevölkerung vertieft. In Wirklichkeit ist aber dem nicht so. Die Zeit der Krise hat vielmehr Centralisations-tendenzen ausgelöst, die sich wohl vorerst nicht anders als im Kampfe durchsetzen können, die aber doch die vollständige Überwindung des Konfliktes vorbereiten helfen. S. D.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Gesammlungen.

Samstag, 26. Juni:

Apolda. Vororttag, halb 9 Uhr.

Elbing. Bassenheims Festspiele, 8.

Gotha. Schwab. Gemartha, 8 Uhr.

Heidenheim. Gesellschaftsgarten, 8.

Sonntag, 27. Juni:

Hannover. Dr. Heigels Langerfest, 2.10 Uhr.

Waldshut. Schellhof, vorm. 8 Uhr.

Dienstag, 29. Juni:

Bautz-Wilhelmshaven (Klemptner). Halbwand, 10 Uhr.

Hagen (Teilenhauer). Scherzer, 10 Uhr.

Hagen-Dahl. Dahl, 11 Uhr.

Hannover. Linden. (Elettromont.)

Witten a. Rh. (Elettromont) 2.11 Uhr.

Wittenberg. Bahnhaus, 11 Uhr.

Wolfsburg. Schellhof, 11 Uhr.

Sonntag, 4. Juli:

Barmen-Ebersfeld. (Klemptner.)

Großheringen. Gewerkschaftshaus, 11 Uhr.

Großheringen. Gewerkschaftshaus, 11 Uhr.

Hannover. Linden. (Elettromont.)

Königsberg. Bahnhaus, 11 Uhr.

Leipzig. Gewerkschaftshaus, 11 Uhr.

Montag, 5. Juli:

Barmen-Ebersfeld. (Klemptner.)

Treiber, Oberseelb, 11 Uhr.